

---

## Hinweise aus Online-Beteiligung zu Maßnahmenvorschlägen aus AG 3 „Bauen, Gewerbe, Handel“

---

**Hinweis:** Bei den in diesem Dokument aufgeführten Maßnahmenvorschlägen handelt es sich um Vorschläge, die in Phase 1 des Beteiligungsprozesses (Konzeptionsphase) von den beteiligten Akteuren erarbeitet wurden. Es handelt sich hierbei nicht um die abschließenden Maßnahmen für den Klimaschutzplan Nordrhein-Westfalen. In der Phase 2 des Beteiligungsprozesses (Differenzierungs- und Vernetzungsphase) konnten die Vorschläge der Akteure aus Phase 1 von nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Unternehmen und sonstigen Akteursgruppen im Rahmen der unterschiedlichen Beteiligungsformate – darunter die Online-Beteiligung – kommentiert sowie weitere Maßnahmen vorgeschlagen werden.

### **KS-M053 Verbesserung der staatlichen Förderung (Sanierungs-AfA)**

Aktuell liegt eine zu geringe Sanierungsquote im Gebäudebestand (Wohngebäude und Nichtwohngebäude) vor, häufig infolge Unwirtschaftlichkeit der energetisch sinnvollen Maßnahmen. Für die „Wirtschaftlichkeitslücke“ muss ein effizienter Ausgleich geschaffen werden. Ziel ist die Erhöhung der Sanierungsquote durch steuerliche oder direkte Förderung von Teilmaßnahmen und durch Ausrichtung der Förderhöhe oder des Abschreibungssatzes nach dem Grad der Energieeinsparung („Sanierungs-AfA“), ggf. unter Heranziehung von EU-Mitteln des EFRE-Programms.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Wert der Unwirtschaftlichkeit feststellen.
- Bei Sanierungen müsste Aspekt der Ressourcenschonung höhere Gewichtung bekommen.
- Den CO<sub>2</sub>-freien und -neutralen Ressourcen zur Bereitstellung von Wärme-, Strom- und Bewegungsenergie muss noch stärkerer Vorrang eingeräumt werden. Rangfolge: Energieeffizienz, Sonnen-, Wind-, Wasser- und schließlich Biomasseenergie.
- Energieeffizienz vor allem anhand Aspekt Ressourcenverbrauch betrachten. Ist Ressource unendlich, ist deren Einsatz einem Effizienzgewinn gleichzusetzen.
- Solare Sanierung als kaufmännisch beste Lösung propagieren.
- Auch andere, direkte Zuschüsse bieten sehr hohe Anreize zur Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen.
- Sicherung der fachgerechten Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen.
- Um sach- und fachgerechte Umsetzung zu erzielen, ist Umsetzungsbegleitung durch geschulte und unabhängige Sachverständige nötig.
- Möglichst einfache Antragstellung, Förderabwicklung und Finanzierung.
- "Filter" für Fördermittel fundiert fachlich, weniger formal bürokratisch gestaltet sein.
- Vorzug für wirkungsvolle Zuschussförderung.
- Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten: Besserverdienende mit höheren Steuersätzen nicht gegenüber Eigentümern mit geringen Einkommen bevorzugen.
- Zielorientierte Kriterien, Maßnahmen zur Verminderung des Energieverbrauchs zunächst vor Maßnahmen der Anlagentechnik zur Energieerzeugung stellen.
- Neutral erstellte Gebäudegutachten (z.B. Verbraucherzentralen) sollten nachweisen, welche Maßnahmen sinnvoll für CO<sub>2</sub> Minderung und Schonung der Energieträger-Ressourcen sind.
- Energieeinsparung immer vor Energieversorgung gehen
- Gebäudegutachten sollte Aussagen machen.
- Erweiterte finanzielle Förderung für Gebäudesanierungsmaßnahmen dringend geboten.
- Förderungen durch zinsverbilligte Kredite von Gebäudeeigentümern oft nicht gewünscht.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Neben steuerlicher Förderung auch andere, direkte Zuschüsse als hoher Anreiz.
- Sanierung: verstärkte Verwendung von Holz Holzbau zu fördern.
- Umsetzungsbegleitung durch entsprechend geschulte und unabhängige Sachverständige notwendig.
- Wichtig: einfache Antragstellung, klare Vorgaben, dauerhafte Investitionssicherheit.

- Förderung technologie-offen und energieträger-neutral gestalten; sollte sich an der Primärenergieeinsparung orientieren.
- Vor allem für Privathaushalte von großer Bedeutung.

### **KS-M054 Erhöhung der Sanierungsquote durch aufeinander abgestimmte Einzelmaßnahmen**

Die Sanierungsquote im Gebäudebestand ist derzeit noch unzureichend. Gerade die Vielzahl von energetisch sinnvollen Einzelmaßnahmen im Zusammenhang mit den typischen Modernisierungszyklen von Immobilien sollte durch De-Regulierung gefördert werden. Das Land kann dies durch eine gesetzliche und fördertechnische Anpassung, welche speziell auf die Zulassung und Förderung von Einzel- und Teilmaßnahmen zielt, unterstützen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Förderung ist bürokratisch und aufwendig.
- Vorfinanzierung nötig sowie viele Formulare.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Erstellung des Fahrplans sollte mitgefördert werden.
- Über Sanierungsfahrplan darlegen, dass Einzelmaßnahmen aufeinander abgestimmt sind.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Praxis-Beispiel: Anregung Best-Practise-BSP in Dänemark: seit 2013 Verbot von Oel-Heizkesseln und Erdgas-Heizkesseln in Neubauten. Ab 2016 Verbot der Installation von neuen Oel-Heizkesseln in bestehenden Gebäuden mit Verfügbarkeit von Fernwärme oder Erdgas.
- Sanierung erfolgt erst auf gesetzlichen Druck, ähnlich wie bei Energieausweis.

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Technologie-offene Sanierungsfahrpläne erstellen, bei denen die Energieeinsparmaßnahmen den finanziellen Verhältnissen der Hausbesitzer angepasst werden und auch Einzelmaßnahmen berücksichtigt und gefördert werden.

### **KS-M055 EFRE-Fördermittel für Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung ermöglichen**

Um die ehrgeizigen Klimaschutzziele von Bund und Ländern zu erreichen, bedarf es ausreichender Fördermittel, die auch aus Europa kommen müssen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte daher auf eine Öffnung des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) für Maßnahmen der energetischen Sanierung des Gebäudebestands drängen. Die Möglichkeiten von EFRE, Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und sozialer Wohnraumförderung sollen besser miteinander verzahnt werden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Fördermittel wichtig und sinnvoll, vor allem für einkommensschwache Haushalte bzw. Eigentümer von mietgebundenen Wohnraum ohne finanzielle Möglichkeiten zur energetischen Sanierung.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Förderung in Hinblick auf Soziale Wohnraumförderung von besonderer Bedeutung.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M056 Ausweitung des Solar-Checks NRW auf alle EE und Intensivierung des Gebäude-Checks Energie NRW**

Die beiden Aktionen Gebäude-Check NRW und Solar-Check NRW haben sich in der Vergangenheit sehr bewährt. Sie haben erhebliche Investitionen ausgelöst. Allerdings ist die Zahl der Checks ebenso wie die Zahl der Personen, die regelmäßig Checks durchführen, rückläufig. Um eine Intensivierung und Ausweitung der Checks zu erreichen, sollen diese finanziell besser ausgestattet und anhand einer Reihe von Maßnahmen überarbeitet werden (bspw. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und Ausweitung der Checks auf Gebäude der Baujahre bis 1995 oder 2002 und auf Gebäude bis 12 Wohneinheiten).

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Checks sowohl für jüngere Baujahre (mind. bis 1999) sowie Gebäude mit bis zu 12 WE, da hier wirtschaftlich attraktives Einsparpotenzial gegeben.
- Beratung zur Barrierefreiheit als Teilbereich des Gebäudechecks.
- Gruppe der zugelassen Prüfer um geschulte, geprüfte und unabhängige Energieberater erweitern.
- Maßnahme nicht geeignet, da es kaum ungeeignete Wohngebäude gibt.
- Damit werden auch Solarkataster obsolet.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M057 Gebäudeenergieeffizienz-Contracting**

Die aktuelle Sanierungsrate im Gebäudebestand muss im Hinblick auf das Erreichen des Energieeinsparziels des Klimaschutzplanes gesteigert werden. Als marktwirtschaftliches Instrument zur Steigerung der Sanierungsrate kann ein praxistaugliches Energieeinspar-Contracting-Verfahren zwischen Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümern (primär privaten, aber auch kommunalen) und gewerblichen (oder ggf. öffentlich-rechtlichen, wie z.B. NRW-Bank) Contractoren für die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden weiterentwickelt und umgesetzt werden. Ein entsprechendes Gebäudeenergieeffizienz-Contracting sollte nicht nur energetische Maßnahmen der Gebäudetechnik (bisherige Praxis) sondern auch der Gebäudehülle umfassen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Unklare Zuständigkeiten.
- Unklarer Rechtsrahmen.
- Unklar, wie Förderung angepasst werden soll.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M058 Aufsuchende Beratung zur energetischen Sanierung für Eigentümerinnen und Eigentümer an selbstgenutztem Wohneigentum**

Die energetische Sanierungsquote ist gemessen an den Klimaschutzziele zu gering, das Beratungsangebot für Eigentümerinnen und Eigentümer selbstgenutzten Wohneigentums zu unübersichtlich. Im Rahmen dieser Maßnahme soll eine aufsuchende Beratung zur Energetischen Sanierung für Eigentümerinnen und Eigentümer selbstgenutzten Wohneigentums etabliert wird. Jede Eigentümerin und jeder Eigentümer erhält ein Angebot für eine umfassende, kostenlose und auf ihre/seine Situation (z.B. Alter) zugeschnittene Sanierungsberatung (incl. Betrachtung der Möglichkeiten eines altengerechten Umbaus). Das Angebot zeigt auf: Wie ist der energetische Zustand der Immobilie? Welche Alternativen gibt es? Welche Kosten würden entstehen? Wie ist die Rentabilität? Träger der Maßnahme können das Land, Energieberatungseinrichtungen, Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieure, Energieberaterinnen und Energieberater und weitere geeignete Institutionen sein.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Vor Maßnahme rechtliche Rahmenbedingung vereinfachen (bezogen auf Verwaltungen und Miteigentümer).
- Statistiken oder Erfahrungsberichte über sanierte, besser vermietbare Wohnungen als Ansatz für Beratung.
- Birgt hohe Aufwände für Ratsuchenden.
- Kommunikation bestehender (und z.T. auch niedrigpreisiger) Beratungsinstrumente verstärken.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Beraterverbände hinzuziehen.
- Im Rahmen dieser Maßnahme soll durch "Haus-zu-Haus-Beratungen" Direktansprache erhöht werden. Im Anschluss erfolgt weiterführende Energieberatung, unter Einbindung von Energieberatern aus dem Handwerk.
- Ergänzend Nachbarschaftsveranstaltungen durchführen.
- Zur Verbreitung dieses Ansatzes in Kommunen Erarbeitung von Hinweisen für Verwaltungen und Klimaschutzmanager, wie solche Maßnahmen umgesetzt werden können.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -



### **KS-M059 Energetische Modernisierung ineffizienter Heizungsanlagen**

Die meisten Verbraucherinnen und Verbraucher, insbes. Selbstnutzerinnen und Selbstnutzer, nichtunternehmerische Kleinvermieterinnen und Kleinvermieterinnen und Kleinvermieter, sind nicht über den energetisch schlechten Zustand und das Verbesserungspotenzial ihrer Heizungsanlage informiert. Im Rahmen dieser Maßnahme soll eine Verdopplung der energetischen Sanierungsquote (von 3% auf 6% p.a.) von Heizungsanlagen durch Aufklärung und Motivation der Verbraucherinnen und Verbraucher / potenziellen Investoren und durch geeignete Fördermaßnahmen erreicht werden. Dafür werden zunächst sämtliche Wärmeerzeuger im Bestand, die älter als z. B. 10 Jahre sind, energetisch z.B. durch die Schornsteinfegerin und den Schornsteinfeger, die Heizungsfachfrau und den Heizungsfachmann oder die akkreditierte Energieberaterin und den akkreditierten Energieberater eingestuft. Infomaterial und ggf. ein Beratungsgespräch erläutern in einem nächsten Schritt das individuelle Verbesserungspotenzial. Um die Motivation zum Kesseltausch zu steigern, soll durch das Land ein attraktives Förderprogramm für effizienzsteigernde Einzelmaßnahmen eingeführt werden, idealerweise mit steuerlicher Abschreibungsmöglichkeit.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Modernisierung mit Einschränkungen, wenn Speicher als Spitzenlastspeicher genutzt wird.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Finanzierung über Bund verbessern.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Best-Practice Bsp: Exergieausweis als Werkzeug zur umfassenden Bewertung von Bauprojekten inkl. üblicher Wärmeerzeuger.

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Beratung kann im Rahmen eines Solar- oder Gebäudechecks durch geschulte Fachleute erfolgen.
- Steuerliche Förderung für die Heizungssanierung als energetische Einzelmaßnahme als geeignetes Mittel.
- Energetische Klassifizierung aller Heizungsanlagen im Bestand nicht erforderlich und mit erheblichem Aufwand verbunden. Eine solch pauschale Klassifizierung nicht als Grundlage für Förderung geeignet.

### **KS-M060 Optimierung von Heizungsanlagen im Geschosswohnungsbau mit gering- oder niedriginvestiven Maßnahmen (Forschungsprojekt)**

Mit Blick auf die weitergehende energetische Optimierung der Bestandsbauten stoßen Wärmedämmmaßnahmen an wirtschaftliche Grenzen. In der Zukunft werden die Optimierung der vorhandenen Anlagentechnik und die Beeinflussung des Mieterheizverhaltens ohne Qualitätsverlust von wesentlicher Bedeutung sein. Trotz zahlreicher Praxisbeispiele und der Meinung, dass die Anlageneffizienz der Schlüssel zum zukünftigen Energieeinsparen im Wohnungsbestand sein wird, ist eine systematische Aufbereitung und eine Verdichtung der erfolgreichen Ansätze zu einer Handlungsempfehlung für Entscheidungsträger der Immobilienunternehmen nicht vorhanden. Im Rahmen dieser Maßnahme sollen daher die vorhandenen Ansätze systematisch ausgewertet, die Effizienz von gering- oder niedriginvestiven Maßnahmen allgemeingültiger dargestellt und Handlungsempfehlungen aufbereitet und öffentlich als Investitionsleitfaden angeboten werden. Relevante Akteure für die Umsetzung dieser Maßnahme sind neben dem Land die Wohnungswirtschaft sowie Forschungsbeteiligte.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Forschungsbedarf wird bezweifelt.
- Umsetzung ist zu fördern.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Abgleich zur gerechten Wärmeverteilung bei Heizkostenabrechnungen verpflichtend und gefördert einführen.

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Hydraulischer Abgleich muss zur korrekten Wärmeverteilung bei Heizkostenabrechnungen verpflichtend sein, sollte zur zeitnahen Umsetzung entsprechend gefördert werden.

### **KS-M061 Initiative Gebäudesanierung und Reduzierung von Barrieren**

Baumaßnahmen zur (energetischen) Gebäudesanierung oder zur Barrierereduzierung bieten ein – nicht selten einmaliges – Gelegenheitsfenster, um beide Anforderungen miteinander zu verbinden.

In Abstimmung mit den im Rahmen des Klimaschutzplan-Verfahrens diskutierten Ideen für Initiativen zur Gebäudesanierung und zum klimaverträglichen Bauen könnte der Aspekt der Barrierereduzierung hier integriert werden und ein eigener Schwerpunkt werden. Dadurch kann das Thema durch die soziale Dimension neue Kooperations- und Aktionsfelder für gezielte Beratungs- und Informationsangebote erschließen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Beratung zur Barrierefreiheit könnte Teilbereich des Gebäudechecks sein.

## **KS-M062 Verbot von Nachtspeicherheizungsanlagen wieder einsetzen (NRW-Initiative auf Bundesebene zu EnEG/EnEV)**

NRW verfügt mit rund 450.000 Stromheizungen über den größten Anteil der rund 1,6 Mio. insgesamt in Deutschland installierten Nachtspeicherheizungen (NSH). Im Vergleich zu einer Gasbrennwertheizung werden durch den Betrieb einer NSH rund zwei bis drei mal und gegenüber einer Pelletheizung rund 17 bis 24 mal so viel Treibhausgase emittiert.

In der EnEV 2009 wurde ein zeitlich gestaffeltes Verbot von NSH implementiert, welches allerdings mit zahlreichen Ausnahmen versehen war. Am 17. Mai 2013 wurde auf Beschluss des Bundestages das NSH-Verbot wieder aufgehoben. Die Begründungen für die Einführung des Verbotes im Jahr 2009 (energetische Ineffizienz, hohe CO<sub>2</sub>-Intensität und hohe Betriebskosten) haben jedoch im Kern zum heutigen Zeitpunkt weiterhin Bestand. Daher wird die Wiedereinsetzung des Verbotes von NSH und ggf. auch die Ausweitung des Verbots auf Eigentümerinnen und Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie auf Geräte, die nach 1990 eingebaut wurden, vorgeschlagen. Dazu wird eine Initiative des Landes NRW auf Bundesebene zur Änderung der entsprechenden Verordnungen (insbesondere EnEG / EnEV) angeregt. Das Verbot (mit entsprechenden Übergangsfristen) sollte idealerweise durch positive Anreize für einen freiwilligen (vorzeitigen) Austausch zu einem alternativen Heizungssystem flankiert werden.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Vor Start einer Initiative zum Verbot von NSH, Forschungsergebnisse zum Einsatz von Nachtspeicherheizungen als Speichermedium abwarten.
- Begriff Elektro-Speicherheizung verwenden.
- Elektro-Speicherheizung als Spitzenlastspeicher für PV nutzen.
- Vergleich zu Pelletheizungen falsch, da Vergleichsbasis fehlt.
- Statt neuer Verbote Anreize schaffen.
- Bestehende Regelung ausreichend.
- Erneuerung der Nachtspeicherheizungen stellt Kapitalvernichtung dar.
- Nutzen erscheint zweifelhaft, da über intelligente Steuerungen speziell Strom aus Windkraft genutzt werden kann.
- Abwracken vorhandener NSH und Ersatzbeschaffung bedarf Aufwand enormer finanzieller Mittel .
- NSH-Verbot führte langfristig betrachtet zu mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß.
- Schwerwiegende soziale Folgen, da Kostenaufwand in Form steigender Mieten weitergegeben werden müsste.
- NSH-Verbot liefere Bemühungen zur Verstärkung der Nutzungsmöglichkeiten regenerativer Energien entgegen.
- Umrüstung in manchen Wohnungen aufgrund architektonischer Gegebenheiten nicht möglich.
- Ausgerüstet mit flexiblen modernen Ladesteuerungen und unter weitgehender Ausnutzung von Überschussstrom, können Stromspeicherheizungen zu Kostenreduktion dieser Heizungsart führen und so indirekten Beitrag zur Strombremse beisteuern.
- NSH, die jetzt stillgelegt und physisch vernichtet werden, werden jetzt und in Zukunft als Stromspeicherheizungen für regenerativ erzeugten Strom dringend gebraucht.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- NSH nur mit großem Aufwand durch andere Beheizungssysteme zu ersetzen.
- Da vielfach in Wohngebieten kein EG verlegt ist, ist Investitionsaufwand hoch und Anzahl wirtschaftlich einsetzbarer Alternativen beschränkt.

- Wirtschaftliche Zumutbarkeit für Wohnungseigentümer beachten.
- Austausch eher im Zuge einer Gesamtsanierung angehen.
- Zwang zur Investition sollte nicht durch Verbot ausgeübt werden.

**Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M063 NRW-spezifische Förderung der Umrüstungen von Nachtspeicherheizungen**

NRW verfügt mit rund 450.000 Stromheizungen über den größten Anteil der rund 1,6 Mio. insgesamt in Deutschland installierten Nachtspeicherheizungen (NSH). Im Vergleich zu einer Gasbrennwertheizung werden durch den Betrieb einer NSH rund zwei bis drei mal und gegenüber einer Pelletheizung rund 17 bis 24 mal so viel Treibhausgase emittiert.

Um die großen CO<sub>2</sub>-Einsparpotentiale im Bereich der Nachtspeicherheizungen in NRW erschließen zu können, sollen positive Anreize für einen freiwilligen Austausch zu einem CO<sub>2</sub>-armen alternativen Heizungssystem gesetzt werden. Dazu wird eine NRW-spezifische Förderung von Umrüstungen, ggf. mit zeitlicher Degression, vorgeschlagen („NRW Nachtspeicherheizungs-Ersatzprogramm“). Diese Förderung kann sich auf Einzelanlagen, aber auch auf Quartiersversorgungen (insbesondere im sozialen Wohnungsbau) beziehen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- NSH können sehr gut durch effiziente CPC-Vakuumröhren-Luftkollektoren unterstützt werden.
- Um Energieversorgern entgegen zu kommen, wäre ggf. Bezuschussung von Contractingmaßnahmen sinnvoll.
- Verstärkte Info und Förderung von Stromspeichersystemen können helfen, v.a. in Zusammenhang mit Photovoltaikanlagen.
- Stufenweise Rückbauverpflichtung der EnEV2009 war richtiger Weg, hier Schritt zurückgehen bedeutet für Energiewende Rückschlag.
- Für Gebäude ohne ausreichenden Mindestwärmeschutz (z.B. EnEV Referenzgebäude -40%) sollte Möglichkeit einer weiteren Nutzung von Nachtspeicheröfen weiter ausgeklammert werden.
- Anstrengungen sollten unternommen werden, intelligente flexible Ladesteuerungen für NHS fortzuentwickeln und raschen Einbau in allen NSH zu fördern.
- Förderung erforderlicher Forschungs- und Entwicklungsaufwände zur Realisierung flexibler Ladesteuerungen zur Beschleunigung der Einführung und als Anreiz.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M064 Forschung „Nachtspeicherheizungsanlagen als Speichermedium“**

NRW verfügt mit rund 450.000 Stromheizungen über den größten Anteil der rund 1,6 Mio. insgesamt in Deutschland installierten Nachtspeicherheizungen (NSH). Im Vergleich zu einer Gasbrennwertheizung werden durch den Betrieb einer NSH rund zwei bis drei mal und gegenüber einer Pelletheizung rund 17 bis 24 mal so viel Treibhausgase emittiert.

In der EnEV 2009 wurde – mit zahlreichen Ausnahmetatbeständen - die stufenweise Außerbetriebnahme von elektrischen Speicherheizsystemen mit einem Alter von 30 Jahren implementiert („NSH-Verbot“). Am 17. Mai 2013 wurde auf Beschluss des Bundestages das NSH-Verbot wieder aufgehoben, obwohl die Begründungen für die Einführung des Verbotes im Jahr 2009 (energetische Ineffizienz, hohe CO<sub>2</sub>-Intensität und hohe Betriebskosten) im Wesentlichen weiterhin Bestand haben. Begründet wird die Abschaffung des Verbotes mit dem Argument, NSH seien als flexible Energiespeicher nutzbar, um besser auf das schwankende Ökostromangebot reagieren zu können.

Da umstritten ist, dass NSH tatsächlich in der Lage sind bzw. das Potenzial haben, in nennenswerter und sinnvoller Weise als flexible Erneuerbare-Energien-Speicher eingesetzt zu werden, wird eine wissenschaftliche Untersuchung der Chancen und Risiken sowie der Potenziale und der Bedingungen zur Erschließung dieser Potenziale angeregt.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Überangebot an Strom aus EE-Anlagen hauptsächlich nachts, kann gezielt für Nachtspeicheröfen verwendet werden.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Forschungsmittel zu anderen Speicheralternativen investieren.
- Keine Landesmittel einsetzen.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Dynamische Strompreise bei Nutzung von Überkapazitäten zur Entlastung der Verbraucher sowie Entwicklung von dynamischen Verbrauchserfassungsgeräten und deren Verbreitung können Attraktivität einer el. Speicherheizung erhöhen.
- El. Strom ist sinnvoller zu verwenden als Wärme daraus zu erzeugen.
- Von Windenergie versorgte Elektrospeicheröfen könnten Anteil v. Überkapazitäten speichern, indem sie Gebäude um wenige Grade höher beheizen, als gerade nötig. Energie wird im Speicher sowie in Wänden und Mobiliar zwischengespeichert, um in windarmer Zeit genutzt zu werden.

### **KS-M065 Potenzialanalyse von quartiersbezogenen Maßnahmen zum Austausch von Nachtspeicherheizungen (NSH) und Kampagne zur Umsetzung von Quartiers-/ Stadtteillösungen für NSH-dominierte Quartiere**

NRW verfügt mit rund 450.000 Stromheizungen über den größten Anteil der rund 1,6 Mio. insgesamt in Deutschland installierten Nachtspeicherheizungen (NSH). Im Vergleich zu einer Gasbrennwertheizung werden durch den Betrieb einer NSH rund zwei bis drei Mal und gegenüber einer Pelletheizung rund 17 bis 24 Mal so viel Treibhausgase emittiert.

Viele der NSH befinden sich in Quartieren und Stadtteilen, die in den 70er Jahren gebaut wurden. Hier wären integrale Konzepte zur Umrüstung der Heizsysteme für das gesamte Quartier hilfreich. Um das große CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial durch Austausch von NSH in NRW heben zu können, wird daher vorgeschlagen, eine technisch-ökonomische Potenzialanalysen für quartiersbezogene Maßnahmen (Erreichung von Skaleneffekten und ggf. Nahwärme-lösungen) durchzuführen. Um Kommunen und Kreise mit nacht-speicherdominierten Quartieren bei ihren Klimaschutzbemühungen zu unterstützen, soll das Land NRW eine „NSH-Austausch-Initiative“ starten und Unterstützung für interessierte Kommunen/Stadtteile bereithalten.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Potenziale konkret und individuell für die betroffenen Quartiere zu ermitteln.
- Umsetzungskonzepte und Unterstützung bei Umsetzung der Konzepte (durch Quartiersmanager) ergänzen.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- NSH sind von jeglicher Förderung auszunehmen, gleich welcher angedachter Nutzung.



### **KS-M066 Ausbau dezentraler KWK (mit Schwerpunkt denkmalgeschützter bzw. identitätsstiftender Gebäude und erhaltenswerter Fassaden)**

Gebäudeintegrierte Mini-KWK-Anlagen können besonders bei denkmalgeschützten Gebäuden und solchen mit erhaltenswerten Fassaden sinnvoll zur klimafreundlichen Deckung des Wärmebedarfs eingesetzt werden. Bei diesen Gebäuden sind Minderungen des Wärmebedarfs aus Gründen des Denkmalschutzes und der Wirtschaftlichkeit durch energetische Sanierungen nur in eingeschränktem Maße möglich. Die Installation und der Betrieb von dezentralen KWK-Anlagen verursachen gegenüber einer konventionellen Heizungsanlage allerdings neben einem erhöhten Investitionsbedarf auch einen größeren Verwaltungsaufwand. Die derzeitigen politischen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen daher stärker auf kleine dezentrale KWK-Anlagen und deren Betriebskonzepte zugeschnitten werden. Die Quote von dezentralen KWK-Anlagen sollte durch gezielte Informationsangebote erhöht werden. Das Land sollte die hohen Anfangsinvestitionen durch Förderung auffangen. Wissenschaft und Forschung sollten die finanziellen Unterschiede zwischen reinem Heizkesseltausch und KWK-Einbindung erfassen, um die Grundlage der Förderung festlegen zu können. Die Energieversorger sollten in Abstimmung mit dem Land/Bund vereinfachte Abrechnungs-Modelle entwickeln und anbieten, um die Erhöhung der Quote von selbstgenutztem Strom aus KWK vor allem durch den Weiterverkauf innerhalb einer Immobilie von Eigentümerinnen und Eigentümern an Mieterinnen und Mieter oder die Gründungen von GbR mit Mieterinnen oder Mietern und Vermieterinnen oder Vermieter zu forcieren. KWK-Stromeinspeisung soll entsprechend zeitlich hoch aufgelöster Lastprofile vergütet bzw. Lastprofile als Anreizsteuerung an die BHKW-Betreiberin und BHKW-Betreiber übermittelt werden

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Förderung von KWK-Anlagen für Nachbarschaften mit gut gedämmten Häusern um energetische Sinnhaftigkeit der Anlagen sicherzustellen.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Hoher elektrischer Nutzungsgrad der Anlagen erforderlich, um hohen ökologischen Nutzen zu erzielen.
- Förderung auf hocheffiziente und nicht nur dezentrale KWK Anlagen beschränken.
- Dezentrale KWK die effiziente Fernwärme mit geringen Primärenergiefaktoren verdrängt, ist aus ökologischer und meist auch ökonomischer Sicht wenig sinnvoll.

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M067 Heizungscheck**

In alten Heizungsanlagen steckt ein hohes Potenzial zur Energieeinsparung. Ziel dieser Maßnahme ist es, mit einer Energieberatung in Form eines Heizungschecks energetische Schwachstellen aufzuspüren, das Energieeinsparpotenzial überschlägig zu ermitteln und den Anlagenbetreibern konkrete Handlungsmöglichkeiten für die Anlagenerneuerung aufzuzeigen. Der Heizungscheck ist ein einfaches, aber aussagekräftiges Verfahren, um die gesamte Heizungsanlage energetisch zu beurteilen. Zur Erhöhung der Akzeptanz dieser Maßnahme sollte eine Förderung der privaten Haushalte pro Heizungscheck aufgelegt werden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Preis des Checks an Qualität der Fachleute anzupassen.
- Heizungs-Check nach DIN EN 15378 kein geeignetes Instrument – Aufwand steht nicht in Verhältnis zum Nutzen.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Verbindung mit hydraulischem Abgleich erwünscht.
- Finanzierung unklar.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Aufklärung und Förderung solcher Checks bei Anwendern wünschenswert.

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M068 Mini- und Mikro-KWK - Maßnahmenpaket zur Etablierung**

Die KWK trägt direkt zum Klima- und Ressourcenschutz bei. Durch die effiziente Nutzung der Energie zur gleichzeitigen Bereitstellung von Wärme und Strom wird der Brennstoffverbrauch zum Teil erheblich reduziert und somit die CO<sub>2</sub>-Emissionen gesenkt. Das Ziel dieser Maßnahme ist die Etablierung von Mini- und Mikro-KWK durch breit angelegte Marketing-, Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen. Es sollte zum einen eine professionell durchgestaltete Präsentations- und Informationslinie für den Einsatz dieser neuen Technik entwickelt werden, die neben Präsentationskonzepten für kommunale Informationsveranstaltungen auch Informations- und Beratungsmaterialien für Endkundinnen und Endkunden enthält. Für die Präsentation sollten neben kommunalen Veranstaltungen auch die verbraucherorientierten Messeveranstaltungen des organisierten Handwerks vor Ort genutzt werden, wo Erstberatungen durch Innungsbetriebe durchgeführt und Anlagen ausgestellt werden können. Diese Maßnahmen können durch Wanderausstellungen mit Ausstellungsobjekten für öffentliche Gebäude ergänzt werden.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- KWK-Anlagen nur energetisch sinnvoll für Nachbarschaften mit gut gedämmten Häusern.
- Sind Zuschüsse vom Land vorgesehen?
- Frage der Koordination von Marketing-, Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen.
- Mini- und Mikro-KWK für gut gedämmte Ein- und Zweifamilienhäuser nach wie vor überdimensioniert.

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Mini- und Mikro KWK nur bei elektrischen Effizienzen von >30% zu fördern.
- Fernwärme aus KWK mit elektrischem Nutzungsgrad >45% als ökologischere und ökonomischere Alternative
- KWK nur sinnvoll, wenn wesentlicher Anteil des Brennstoffes in Strom gewandelt wird.

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Einbau von Mini-BHKW und anderen KWK-Anlagen sollte nur in Ausnahmefällen (absoluter Denkmalschutz von Fassaden) zulässig sein.
- zunächst Wärmedämm-Maßnahmen im Gebäudeinneren auszuschöpfen (wie von Energie-Agentur bereits erarbeitet).

### **KS-M069 Erlass der Grunderwerb- / Erbschaft- / Schenkungsteuer bei energetischer Sanierung**

Die Sanierungsrate ist derzeit noch deutlich zu niedrig. Zugleich werden aber in den nächsten Jahren viele Immobilien-Erbschaften auftreten. Hier besteht eine große Chance, diesen Moment zu nutzen und umfassende und ambitionierte Sanierungen, z.B. auf Passivhaus- oder KfW-Effizienzhaus-Standard anzureizen. Als Anreiz dafür kann die Grunderwerbsteuer und/oder Erbschaft-/Schenkungssteuer erlassen oder teilerlassen werden, wenn spätestens drei Jahren nach Erwerb das Gebäude entsprechend einer Tabelle je nach Haustyp anspruchsvoll saniert wird (z.B. Teilerlass bei Sanierung auf KfW-Effizienzhaus-85- oder KfW-Effizienzhaus-70-Standard, Kompletterlass bei KfW-Effizienzhaus-55- oder Passivhaus-Standard). Eine entsprechende gesetzliche Regelung sollte das Land (Landessteuer), ggf. mit dem Bund umsetzen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M070 Initiative KWK-Offensive NRW**

Dem Ausbau der klimaverträglichen und energieeffizienten Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) stehen verschiedene Hemmnisse gegenüber.

Mit dieser Initiative suchen die relevanten Akteure nach Lösungen, um der KWK-Technologie sowohl bei der Fernwärme als auch der Nahwärme im Rahmen sinnvoll erschließbarer Potentiale zu einem deutlichen Ausbau zu verhelfen.

Mit dieser Initiative soll ein Forum geschaffen werden, um die einzelnen Hemmnisse auf Landes- aber letztlich auch auf regionaler und lokaler Ebene zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen. Neben dem Informations- und Erfahrungsaustausch können insbesondere bei verbraucherrelevanten Fragen wie z.B. Akzeptanzproblemen durch Information und Mediation Hemmnisse abgebaut werden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Infokampagne, Vernetzung und Beseitigung von Investitionshemmnissen als Voraussetzung für Erreichung einer KWK Stromquote von 25%.

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- M70 sinnvoll nur bei Nutzung von Energien aus biogenen Reststoffen (Bio-Gas, Bio-Fuel).
- M70 als halbherziger Vorschlag, solange KWK-Anlage mit fossilen Brennstoffen betrieben wird.

### **KS-M071 Standardisierung und Anwendung von energetisch hocheffizienten Komponenten im Bestand**

Ziel ist es, sowohl Standard- (marktverfügbare) als auch innovative (in der Markteintrittsphase befindliche) Passivhaus-Komponenten inklusive möglicher Standardisierungslösungen (z.B. Prefab-Lösungen) zu identifizieren und deren fachgerechte Anwendung in der Bestandssanierung zu unterstützen.

Mögliche konzeptionelle Ansätze sind:

- Screening von Standard- und innovativen Materialien, Komponenten und Bauteilen
- Screening und Entwicklung von Standardisierungslösungen
- Unterstützung von bestehenden Unternehmen sowie Start-up-Unternehmen, die in dem Bereich Lösungen anbieten
- Aufbau einer in NRW angesiedelten Kompetenzstelle
- Schulung von Handwerk, Architekten / Planern und weiteren Multiplikatoren
- Finanzielle Förderung der Anwendung innovativer Komponenten (Mehrkostenansatz)

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- V.a. Schulung von am Bau Beteiligten wesentlich, um gewerkeübergreifende Fachkenntnisse zu vermitteln & Schnittstellenverluste zu vermindern.
- Innovative Materialien hier über das Ziel Energieeffizienz während ihrer Einsatzdauer hinaus so zu entwickeln, dass Folgenutzung in Form eines verlustfreien Recyclings oder anderer gefahrloser stofflicher Nutzung sowie letztlich thermischen Verwertung möglich ist.
- Schulungsmaßnahmen zu fördern, um Anreize zu schaffen.

### **KS-M072 Beleuchtung in Nicht-Wohngebäuden**

Auf Grund des Technologiewandels zum digitalen Lichts (LED) gibt es ein Informationsdefizit bei Entscheiderinnen und Entschaidern, Planerinnen und Planern, Nutzerinnen und Nutzern. Aber auch das Investor-Nutzer-Dilemma erschwert den Einsatz von hochwertigen energieeffizienten Beleuchtungslösungen. So wird bei der Beleuchtung fast immer auf den Einsatz von Lichtmanagementsystemen verzichtet (Realisierungsquote <12%). Bei der Beleuchtung gibt es erhebliche Effizienzreserven:

- 75% der Beleuchtungsanlagen in Nicht-Wohngebäuden sind älter als 25 Jahre
- 85% des Nichtwohngebäudebestands besitzen keine intelligente Beleuchtung
- 80% der neu gebauten Nichtwohngebäude werden nicht ausreichend geplant

Es wird daher folgendes vorgeschlagen:

- Informationskampagne, um die Möglichkeiten des Technologiewandels (LED-Technologie und Lichtsteuerung) aufzuzeigen und über Finanzierungsmöglichkeiten (Förderprogramme von Bund und KfW) aufzuklären.
- Bestehende Finanzierungsmodelle (Contracting, KfW-Kredite, ) müssen ausgebaut und gefördert werden, insbesondere für Kommunen in Haushaltssicherung.
- Einsatz von zertifizierten Lichtplanerinnen und Lichtplanern soll in Ausschreibungen der öffentlichen Hand berücksichtigt werden, um eine Lebenszykluskostenbetrachtung und die Realisierung von Einsparpotenzialen zu gewährleisten

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Entsprechender Anreiz für die Betreiber anzubieten.

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M073 Monitoring und Optimierung des Vollzuges und der Klimaschutzwirkung der energetischen Gebäudesanierung**

Wenn Sanierungen mit suboptimaler Erschließung von Energieeinsparpotentialen erfolgen, läuft man Gefahr, dass die Klimaschutzziele nicht erreicht werden. In der Regel werden die Einsparungen auf der Basis theoretischer Energiebedarfe ermittelt. Der Erfolg von Informationsprogrammen wird oft an der Anzahl von durchgeführten Beratungen und nicht an tatsächlich erfolgten Sanierungen gemessen. Eine wirkliche Kontrolle des tatsächlichen Einsparererfolges erfolgt in den seltensten Fällen.

Ziel ist daher die Entwicklung möglichst einfacher Kontrollmechanismen zur Messung der Sanierungsrate, -tiefe und insbesondere der -qualität im Zusammenspiel mit den vom Land NRW ergriffenen Maßnahmen des Klimaschutzplans.

Um die Energieeinsparung einzelner Maßnahmen nachträglich bewerten zu können, müssen geeignete Messstellen installiert sein (z.B. Wärmemengenzählern oder Erfassung von Lüftungs-, Klimatisierungs- und Beleuchtungsparametern). Des Weiteren sollten geeignete Anreizsysteme beim Energiecontrolling geschaffen werden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Bei Fördermittelvergabe sind Eigentümer/Nutzer zur Übermittlung Verbrauchswerte p.a. zu verpflichten – triviale Ermittlung entsprechender Zahlen mit überschaubarer Fehlerquote.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Maßnahme streichen. Ineffizient: Erfordert für sachgerechte Durchführung riesigen Aufwand.
- Datenschutzbedenken.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Monitoring ergänzend koppeln an erfahrungsbasierte Datenbank zu schneller Unterstützung v. Eigentümern und Entscheidern bei Auswahl situativ geeigneter Sanierungsmaßnahmen.
- Transparente Dokumentation der Methodik zur Bewertung und Datenbank als Wissensbasis für Land NRW zur Lenkung und Gestaltung.
- Bereitstellung von Basis-Monitoring zur Erfassung der Klimaschutzwirkung für energetische Gebäudesanierung durch energy-check Stiftung Energieeffizienz gemeinnützige GmbH wünschenswert - auf Faktenbasis überprüfen und neu einheitlich bewerten.
- – Bitte um Wiederaufnahme des gestrichenen Satzes "Viele Akteure haben kein Interesse daran, den Erfolg von Energiesparmaßnahmen zu kontrollieren" .



### **KS-M074 Natürliche Lüftung (elektrische Fensterantriebe)**

Wo Menschen sich aufhalten, etwa in Büro-, Schul- und Wohngebäuden, müssen Räume möglichst komplett und systematisch mit Frischluft versorgt werden. Beides garantiert die kontrollierte natürliche Lüftung, bei der Heizung und Kühlung wetter- und temperaturabhängig mit natürlicher Luftzufuhr kombiniert werden.

Elektrische Fensterantriebe ersetzen dabei die Funktion der ventilatorischen Lüftung: nach Bedarf öffnen und schließen die Fensterantriebe Fassaden- und Dachfenster und regen die Luftzirkulation an – bei geringstem Stromverbrauch.

Zur Akzeptanzerhöhung und Wissensvermittlung auf dem Gebiet der kontrollierten natürlichen Lüftung wird eine Förderung von F&E sowie Fort- und Weiterbildung von Architekten, Ingenieuren, Planern und Errichtern vorge-schlagen. In Schulen sollte die kontrollierte natürliche Lüftung vorgeschrieben werden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Förderung der Akzeptanz kontrollierter Wohnungslüftung inkl. Möglichkeiten der Wärmerückgewinnung und deren positiver Aspekte stattdessen.
- Vorrang für Lüftungsanlagen mit WRG.
- M74 als Rückschritt im Hinblick auf Klimaschutzaspekt.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Fensterfalzlüfter als günstige, ökologische und nachweislich gut funktionierende Lösung zur natürlichen Lüftung.
- Fensterfalzlüfter können als Ergänzung dafür sorgen dass elektromotorische natürliche Lüftung auf Minimum reduziert werden kann.
- Vorschrift von Fensterfalzlüftern für Schulen geht über Ziel weit hinaus.

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M075 Stärkung der Förderbestimmungen zur energetischen Gebäudesanierung im sozialen Wohnungsbau**

Die energetische Modernisierung von Mietwohnungsgebäuden führt in der Regel zu einer Mieterhöhung. Einkommensschwache Mietergruppen können auch geringe Mieterhöhungen oft nicht mittragen und müssen ausziehen, meist in (noch) nicht modernisierte Gebäude. Dies führt nicht nur zur Ausgrenzung der betroffenen Gruppen aus beliebten, attraktiven Wohnlagen, sondern reduziert auch deren Möglichkeit, zum Klimaschutz beizutragen und „energieeffizient“ zu wohnen. Es wird daher angeregt, das Wohnungsbauförderprogramm des Landes zu intensivieren. Die Mittel sollen für den Neubau von Sozialmietwohnungen und die energetische Modernisierung im Bestand verwendet werden. Gleichzeitig sollten die Förderkonditionen insbesondere im Mietwohnungsbau attraktiver ausgestaltet werden, um den Mittelabruf zu erhöhen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Schaffung von Anreizen für Gebäudeeigentümer und Bewohner gleichermaßen.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Zur Unterstützung von Sanierungsmaßnahmen im Mietwohnungsbau: Entwicklung von auf Maßnahmen in der Mehrfachbebauung abgestimmten Energieberatungsprogrammen seitens des Landes auch für Wohnungsbaugesellschaften bzw. -genossenschaften, um wirtschaftliche, energieeffiziente Lösungsansätze aufzeigen.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Persönliches Engagement erforderlich
- Gesetzgeber ist gefordert, gesetzliche Vorschriften zu schaffen
- Werden erste und zweite Miete von öffentlicher Hand getragen bzw. bezuschusst, sind Betreiber von Sozialwohnungen ohne Handlungsanreiz.

### **KS-M076 Bedarfsorientierter Energieausweis**

Derzeit gibt es zwei Arten von Energieausweisen, den Verbrauchs- und den Bedarfsausweis. Für die meisten Bestandswohnungen reicht nach den gesetzlichen Vorgaben ein Verbrauchsausweis bzw. hat der Vermieter Wahlfreiheit zwischen beiden Ausweisarten. Während beim Bedarfsausweis der Energiebedarf des Gebäudes berechnet wird, stellt der Verbrauchsausweis auf den Energieverbrauch der Nutzer im Haus ab. Letzterer enthält damit keine objektive Aussage über den energetischen Gebäudezustand. Um einen besseren Aufschluss über die Qualität der Gebäudehülle und der Anlagentechnik und somit über die energetische Qualität des Gebäudes zu erlangen, beabsichtigt diese Maßnahme daher mittelfristig die Abschaffung des Verbrauchsausweises und die einheitliche Verpflichtung aller Vermieter zur Erstellung eines Bedarfsausweises. Auf der Grundlage der dadurch erhobenen Ausweisdaten ließen sich dann auch Kriterien für die örtlichen Mietspiegel ableiten, nach denen der energetische Gebäudezustand beurteilbar und vergleichbar wird. Die Verpflichtung zur Erstellung eines Bedarfsausweises kann das Land durch die Einreichung einer entsprechenden Bundesratsinitiative anregen.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Um innerhalb der kommenden 10 Jahre höhere Transparenz beim Energieausweis zu erreichen, sind nur noch einheitliche Bedarfsausweise zuzulassen.
- Darstellung des Energieausweis wie z.B. Gebäude-Quickcheck.
- Energieausweis mit Darstellung von Nachrüstverpflichtungen und Verweisen auf rechtliche Folgen bei Unterlassungen.
- Richtschnur: einheitliche Betrachtung aller Gebäude unter normativen Randbedingungen.
- Neben Primärenergiekennwert vor allem Darstellung von Endenergiekennwert und diesbezgl. von monetärem Wert des spezifischen Energieträgers.
- Nutzung vorgeschriebener Sanierungsvorschläge im Bedarfsausweis als Motivationsmittel - z. B. über dargestelltes Einsparpotential.
- Beide Pläne bezüglich der Energie-Ausweise gehen viel zu weit und verfehlen Ziel.
- Bedarfs-Ausweis enorm teuer.
- Vermieter-feindliche Lösungen geplant.
- Kritik am Bedarfsausweis: Maßnahmenempfehlungen bei statischer Betrachtung ohne Berücksichtigung der realen Verbräuche weisen überhöhte Einsparprognosen aus (Rebound-Effekt).
- Kritik am Bedarfsausweis: Nichtberücksichtigung Baualtersklassen bedingter Teilbeheizungen.
- Verbrauchsausweis (speziell aus Übergangsfrist zu Beginn der Ausweispflicht) wenig aussagekräftig.
- Weiterhin fehlt klare und für Endkunden nachvollziehbare Regelung, wer Energieausweise ausstellen darf.
- Weiterhin fehlt klare Pflicht zur Ausstellung von Energieausweisen.
- Weiterhin fehlt allgemein anerkannte, nicht von Energieversorgern gesponserte Prüfinstanz auf quasistaatlicher Ebene.
- Änderung der bestehenden Gesetzeslage nicht erforderlich.
- Keine zusätzliche Belastung und Bürokratie.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Generell Erstellung von Bedarfsausweisen als auch Darstellung der Verbräuche empfohlen.

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Verbrauchsorientierter Energieausweis als große Fehlerquelle
- zuzulassen ist nur noch der bedarfsorientierte Energieausweis.

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Aussagekraft der Bedarfsausweise ist umstritten.
- Inwieweit dabei gewonnene Erkenntnisse wissenschaftlichen Anforderungen entsprechen, ist fraglich.
- Schlussfolgerungen aus Bedarfsausweisen erfordern hohen, teuren bürokratischen Aufwand.
- Demographische Entwicklung bedenken.

### **KS-M077 Bundesratsinitiative zur Aufstockung des Fördervolumens der KfW-Programme**

Die energetische Modernisierung von Mietwohnungsgebäuden führt in der Regel immer zu einer Mieterhöhung. Einkommensschwache Mietergruppen können auch geringe Mieterhöhungen oft nicht mittragen und müssen ausziehen, meist in (noch) nicht modernisierte Gebäude. Dies führt nicht nur zur Ausgrenzung der betroffenen Gruppen aus beliebten, attraktiven Wohnlagen, sondern reduziert auch deren Möglichkeit, zum Klimaschutz beizutragen und „energieeffizient“ zu wohnen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte sich daher mit einer Bundesratsinitiative aktiv für die kurzfristige Aufstockung der Fördermittel für die KfW-Programme „Energieeffizientes Bauen“ und „Energetisches Sanieren, Modernisieren und Umbauen“ auf jährlich mindestens 2 Milliarden Euro und für eine dauerhafte, verlässliche Versteigerung der Mittel auf einem Niveau von 5 Milliarden Euro einsetzen. Die Fördermittel der KfW-Programme sollen nicht nur als Darlehen, sondern auch weiterhin mit einer Zuschussvariante zur Verfügung gestellt werden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Einzelmaßnahmen vom Zinssatz her knapp unter 2% platzieren und Energetische dafür in Anforderungen leicht absenken. Ermöglichte leichtere Finanzierung kleinerer und stufenweiser Sanierungen und wertet Effizienzhausniveau indirekt deutlich auf
- Ausstellerkreise für Einzelmaßnahmen auf neutrale Akteure wie Architekten, Planer und Energieberater wieder beschränken
- Vermittlungsbonus für Handwerker und Schornsteinfeger sinnvoll
- Fragliche Finanzierbarkeit
- Frage, ob verschiedene Förderungen zusammen genutzt werden können
- Förderung zentral bündeln, also bei KfW
- Oft nur partiell nutzbar. KfW-Produkt zwischen Effizienzhaus und EnEV-Mindestanforderungen fehlt.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

## **KS-M078 Initiative Warmmietenspiegel / ökologischer Mietenspiegel NRW**

Nur wenige Mietenspiegel berücksichtigen bisher auch die energetische Qualität von Gebäuden. Diese stellen jedoch immer mehr ein zusätzliches „Ausstattungsmerkmal“ einer Wohnung dar. Mietenspiegel sollten deshalb um geeignete Kriterien zur Beurteilung der Gebäudeenergieeffizienz ergänzt werden. Ein ökologischer Mietenspiegel kann für Vermieter Anreiz sein, ihre Immobilien entsprechend energetisch instand zu setzen bzw. zu modernisieren. In einem Forum bestehend aus Landesministerien und interessierten Akteuren sollen daher bereits existierende Mietenspiegel untersucht und geeignete Möglichkeiten diskutiert und erarbeitet werden, diese so weiterzuentwickeln, dass sie auch die energetische Qualität von Wohngebäuden geeignet und transparent einbinden und darüber hinaus für Vermieter Anreize für energetische Sanierungsmaßnahmen setzen. Ziel ist es, NRW-weit bei den Kommunen für die Fortentwicklung ihrer Mietenspiegel hin zu einem ökologischen Mietenspiegel zu werben und idealerweise einen „Muster-Mietenspiegel“ anzubieten. Dabei kann auf Konzepte aus Städten wie Bochum oder Darmstadt, die Pionierarbeit auf dem Gebiet geleistet haben, aufgebaut werden.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Transparenter Warmmietenvergleich schützt Mieter vor Kostenüberraschungen - öffentliche Fördergelder (Bund!) sollten Kommunen bei Erstellung der Mietenspiegel unterstützen.
- Sinnvoll ist Information potenzieller Mieter per Energieausweis - wird bei Vermietungen zu wenig nachgefragt - Entwicklung durch Neuerungen der EnEV 2014 sind abzuwarten.
- Mietenspiegel differenzierter - nicht nur aus ökologischen Gesichtspunkten - darstellen.
- Bei bestehendem Energieausweis Bedarf für energetisches Verhalten eines Gebäudes nutzen und stärken, statt Einführung eines weiteren Mietenspiegel.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Rechtsicherheit des Ökologischen Mietenspiegels gerichtsfest sicherstellen.
- Bei Kommunen für Fortentwicklung ihrer Mietenspiegel hin zu ökologischem Mietenspiegel werben.
- "Muster-Mietenspiegel" anbieten.
- Mietenspiegel um geeignete Kriterien zur Beurteilung der Gebäudeenergieeffizienz ergänzen.

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Energetische Investitionen müssen sich in überschaubarer Zeit amortisieren.
- Soll ökologischer Mietenspiegel für Vermieter ein Anreiz sein, Immobilien energetisch aufzurüsten, muss es juristisch abgesichertes, einfach zu handhabendes Äquivalent für Mieterhöhungen geben.
- Nicht alle Kommunen verfügen über Mietenspiegel.
- M78 als Übel für Mieter und Vermieter.
- M78 als Bürokratiemonstrum.
- "Ökologische" Mietenspiegel dürften juristische Probleme erheblich verschärfen.
- Wohnraum noch bezahlbar, wenn M78 wirksam?

### **KS-M079 Erweiterung des bestehenden Förderangebotes zu öffentlichen und gewerblichen Nichtwohngebäuden**

Die Sanierung von Wohngebäuden ist im Zusammenhang mit der Energiewende bereits fester Bestandteil der öffentlichen Diskussion. Ein Vergleich der beheizten Flächen von Wohngebäuden (ca. 3,2 Mrd. m<sup>2</sup>) und Nichtwohngebäuden (ca. 3,9 Mrd. m<sup>2</sup>) verdeutlicht die Notwendigkeit, auch bei NWG verstärkt tätig zu werden. Es wird daher die Verbesserung der Energieeffizienz von NWG durch eine öffentlichkeitswirksame Initiative zur Sanierung von 100 NWG in NRW angeregt. Mit dem Projekt sollten – unter Zuhilfenahme von Fördergeldern - vorrangig Gebäude saniert werden, die von Bürgern häufig frequentiert werden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Finanzierungsprobleme bei öffentlichen Haushalten erwartet.

### **KS-M080 Ausbau und Bewerbung der energetischen Baubegleitung**

Sanierungen im Bestand stellen hohe Ansprüche z.B. an Anschlussdetails. Fehlendes, gewerkeübergreifendes Wissen bei Planern und ausführenden Unternehmen führen zu einer schlechten Qualität der umgesetzten Energieeffizienzmaßnahmen. Dadurch kann u.a. die Sinnhaftigkeit von Sanierungskampagnen massiv an Glaubwürdigkeit verlieren.

Daher wird der gezielte Ausbau und die Bewerbung der energetischen Baubegleitung als wichtiges Instrument der Qualitätssicherung angesehen. Sie ermöglicht ein Feedback der typischen Fehler an die am Bau Beteiligten. Mittelfristig kann dadurch die Wirtschaftlichkeit von Sanierungsmaßnahmen durch Ausschöpfung von Optimierungspotentialen bei der Bauausführung verbessert werden.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Gute Ausführung der Maßnahmen maßgeblich, Voraussetzung ist Unterstützung fachlich versierter, neutraler Begleiter
- Viele Handwerksunternehmen nicht auf Stand der Technik, auch wenn sie dazu verpflichtet sind
- Großes Verbesserungspotential bei Bauausführung
- Praxis zeigt unsachgemäße Umsetzungen, wenn keine baubegleitende Qualitätssicherung erfolgt.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -



### **KS-M081 Energieberaterin und Energieberater als eigenen Berufsstand anerkennen**

Das Berufsbild und die Qualifikation der „Energieberaterin“ und des „Energieberaters“ sind derzeit unübersichtlich. Kompetenzen sind nicht unmittelbar erkennbar, insbesondere für private Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer. Die Darstellung in den Medien ist zurzeit überwiegend negativ. Ziel ist es daher, Energieberaterinnen und Energieberater als eigenen Berufsstand anzuerkennen. Dazu müssen Qualifizierungsmerkmale und notwendige Kompetenzen festgelegt werden, um einen nachhaltigen Markt für die weitere Professionalisierung der Energieberatung zu schaffen. Mögliche Ansätze sind:

- Abgrenzung der Energieberaterinnen und Energieberater z.B. von Energieverkäuferinnen und Energieverkäufern, Verkäuferinnen und Verkäufern von Bauelementen und Energieanlagen, Bauleitern etc.
- Herausarbeiten von Mindestqualifikationen/-kompetenzen und von Vertiefungsrichtungen (z.B. Erstausbildung)
- Möglichkeit der Vertiefungsrichtungen: Wohngebäude, Nicht-wohngebäude, Gewerbe, Industrie
- Kontinuierliche Verbesserungsprozesse

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- M81 ist durch eigenen Berufsstand besser zu kontrollieren.
- Birgt steigende Anforderungen an Energieberater, der sein Geschäft seriös betreibt.
- Kein Aufbau unüberwindlicher Hürden von staatlicher Seite und institutionelle Gelddruckmaschine unterstützen.
- Optimierung dieser Liste erfordert langen Zeitraum - muss bereits in Anfängen optimiert werden, denn Ruf der Energieberater wird schlechter, wenn in Expertenliste auch "Nichtexperten" vorgeschlagen werden.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Erstellen einer Ausbildungsordnung - in Absprache mit HWK und IHK o.ä. Gremien.

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

## **KS-M082 Gewerke- und berufsübergreifende Weiterbildung**

Die erhöhten Anforderungen an die Bauschaffenden und die zunehmende Notwendigkeit, die Schnittstellen im Baugeschehen zu bewältigen, erfordern eine verstärkte Auseinandersetzung mit den nötigen Bau-Qualitätsstandards für alle Baubeteiligten.

Das Ziel dieser Maßnahme ist die Planung und Umsetzung von energetischen Sanierungsmaßnahmen durch verbesserte Kommunikation und Zusammenarbeit aller am Sanierungsprozess Beteiligten. Dazu wird der Ausbau bzw. die Weiterentwicklung bereits bestehender Weiterbildungsbausteine durch alle am Sanierungsgeschehen Beteiligten im engen fachlichen Austausch zu einer gewerke- und berufsübergreifenden Weiterbildung angestrebt. Motivation der einzelnen Zielgruppen zum Besuch dieser Angebote ist das Ziel „voneinander zu lernen“.

Mögliche Ansätze sind:

- die Ausarbeitung weiterer gewerkeübergreifender Abhängigkeiten,
- die Entwicklung neuer Ansätze zur Überprüfung des individuellen Schulungsbedarfes und zur Auswahl der Weiterbildung mit dem besten Lerneffekt,
- die Entwicklung geeigneter Lernkonzepte für gemischte Teams aus Akademikerinnen und Akademikern, Baupraktikerinnen und Baupraktikern,
- das Erkennen der Grenzen eigener Kompetenzen, Abbau von Berührungängsten, Sensibilisierung für das Hinzuziehen geeigneter Fachleute und
- die Entwicklung ergänzender und für die Zielgruppe leicht erreichbarer Angebotsformate, die in Verbindung mit tatsächlichen Sanierungs- oder Bauvorhaben stehen.
- Im Rahmen der kommunalen Klimaschutzaktivitäten sollten im Zusammenhang mit öffentlichen Bau- und Modernisierungsvorhaben „Lernpartnerschaften“ aller Baubeteiligten und den einschlägigen Verwaltungen initiiert werden, welche die Qualitätsdiskussion im regionalen Kontext unterstützen.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Es hapert am gewerkeübergreifenden Handeln und an wichtigen Tipps zu Fördermöglichkeiten.
- Nicht nur Gebäudeenergieberater sondern auch ausführende Handwerker regelmäßig fortbilden.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Schnittstellenprobleme gewerkeübergreifend zu lösen
- Zügige Umsetzung der Schulung von Multiplikatoren und Ausbildern der Handwerkskammern erwünscht
- Lösung: Pflichtmitgliedschaften in GIH, Berufsverbänden der Energieberater - hier gezielte Weiterbildungsangebote.

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- ZebiO als Partner für Ausbildung.

### **KS-M083 Typische Sanierungszyklen für energetische Sanierungen nutzen (Synergieeffekte nutzen)**

Viele durchgeführte Sanierungen sind aus energetischer Sicht suboptimal, da sie Synergieeffekte oft nicht ausnutzen. Es wäre daher wichtig für Bauherren zu dem Zeitpunkt einen individuellen Sanierungsfahrplan zu entwickeln, an dem eine Aufwertung der Immobilie mit hoher Wahrscheinlichkeit sowieso geplant ist. Mögliche Ansätze, die dieses Problem adressieren, können die Folgenden sein:

- Entwicklung eines Beratungs- und Vermittlungsangebots,
- Vermittlung geförderter Energieberatung für Erbinnen und Erben, Käuferinnen und Käufer, Vermieterinnen und Vermieter, Eigentümerinnen und Eigentümer etc.,

Das Beratungsangebot kann gezielt z.B. mit der Festsetzung der Grunderwerbsteuer beworben werden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Handwerker mehr ins Boot zu nehmen, die bei anstehender Sanierung/Aufwertung auf zusätzliche energetische Sachverhalte hinweisen.
- Typische Sanierungszyklen für energetische Sanierungen nutzen und v.a. dann fördern.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Bilanzierende Energieberatung (vereinfachte Vor-Ort-Beratung) bei Einzelmaßnahmen als Pflicht einführen.
- Weitergabe einer Kurzpräsentation aller in NRW verfügbaren Beratungsangebote mit zugehörigen Anlaufstellen.
- ZebiO als Kooperationspartner.

### **KS-M084 Entwicklung einer landesweiten Gebäudetypologie für Wohngebäude und Nichtwohngebäude**

Für die Verbraucherinnen und Verbraucher, Planerinnen und Planer sowie Handwerkerinnen und Handwerker stellt die Entwicklung einer landesweiten Gebäudetypologie für Wohngebäude und Nichtwohngebäude eine wichtige Orientierung dar. Die Energieeinsparpotenziale von Gebäuden lassen sich anhand von Typologien systematisch darstellen. Im Anschluss können Sanierungsstrategien aufgestellt werden. Eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einer Sanierungsmaßnahme könnte auch in einem Ampelsystem dargestellt werden. Mit derartigen Maßnahmen wird eine wichtige Erstinformation zur Sanierung gegeben

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Typologie nur gut als erste Orientierung.
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gebäudespezifisch zu sehen, um verwertbare Ergebnisse zu liefern.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Sanierungsstrategien nicht auf dieser Ebene erstellbar.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M085 Informationskampagnen für die Verbraucherinnen und Verbraucher / Einbeziehung und Aufwertung der Energieberaterinnen und Energieberater aus dem Handwerk (Gebäudeenergieberaterinnen und Gebäudeenergieberater des Handwerks und SHK-Energieberaterinnen und SH**

Im Rahmen von energetischen Sanierungen von Wohngebäuden werden Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bauhandwerk erst bei der Umsetzung von Einsparmaßnahmen hinzugezogen. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Effizienz der jeweiligen Einsparmaßnahmen zu erhöhen, indem direkt bei der Maßnahmenermittlung eine Vertreterin oder ein Vertreter des Bauhandwerks hinzugezogen wird bzw. die Vertreterin oder der Vertreter auch als anerkannte Energieberaterin oder anerkannter Energieberater ausgebildet ist. Dafür sollen im Rahmen von Informationskampagnen die Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechend sensibilisiert und informiert werden. Neben den Werbeaktionen für die energetische Sanierung werden in den Kampagnen überregionale Botschaften der Landesregierung zusammengeführt. Ergänzende Angebote wie Beratungen oder kürzere Präsentationen von einzelnen Techniken helfen die Vorteile zu kommunizieren.

Die Aufgabe ist, ein Verfahren zu entwickeln, wie verschiedene Berufsgruppen integriert werden können.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Durchführung durch Energieberater
- Neutrale Information der Verbraucher notwendig. Unwissenheit und Unsicherheit, weil durch Medieninformationen Zusammenhänge oft unrichtig dargestellt werden.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Beratung und Bauausführung müssen getrennt bleiben, um Neutralität der Beratung zu gewährleisten.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- ZebiO als Kooperationspartner.
- Hier kann erweiterter Gebäudecheck bzw. die Startberatung eingesetzt werden.
- Vorschlag versinkt in Bürokratie.

### **KS-M086 Musterprojekte im Neubau und in der Modernisierung**

Um eine Steigerung des Know-hows aller Baubeteiligten zu erreichen, sollen im Rahmen dieser Maßnahme Musterprojekte im Neubau und in der Modernisierung mit Weiterbildungen kombiniert werden. Um den hohen Anforderungen in der Bauausführung zu genügen, ist es sinnvoll im Rahmen von Musterprojekten Architektinnen und Architekten, Planerinnen und Planer, Handwerkerinnen und Handwerker in Vorhaben bezogenen Informationsveranstaltungen baubegleitend an diese Standards heran zu führen. Es ergibt sich bei derartigen Vorzeige-Projekten die Möglichkeit, im Verlauf des Bauprojektes Schulungen durchzuführen und eine anschließende Dokumentation der Einsparerfolge zu gewährleisten. Besonders öffentlichkeitswirksam sind derartige Projekte, wenn sie überdies in Zusammenarbeit mit Fach- und Berufsschulen stattfinden. Hier erreicht man gleichermaßen Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler. Eine Förderung entsprechender Vorhaben durch das Land sollte angestrebt werden.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Insbesondere Beispiele mit akzeptablen Kostenrahmen sollten stärkere Beachtung finden.
- Empfehlenswert als Medium für Schulung und Weiterbildung.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M087 Spezifischer Bildungsscheck für Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich energetische Sanierung**

Ziel dieser Maßnahme ist die Ausweitung des Bildungsschecks auf spezifische Bildungsmaßnahmen zum Thema Energieeffizienz. Gefördert werden Weiterbildungen, die der beruflichen Qualifizierung dienen und fachliche Kompetenzen oder Schlüsselqualifikationen vermitteln. Der Bildungsscheck beinhaltet einen Förderzuschuss zu den Weiterbildungskosten. Mit dem Bildungsscheck erhalten Beschäftigte und Unternehmen einen Zuschuss von 50 Prozent, bis zu 500 Euro, zu den Weiterbildungskosten. Die Landesregierung finanziert diesen Förderzuschuss aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die andere Hälfte tragen Betriebe und Beschäftigte selbst. Ausgewählte Beratungsstellen vor Ort beraten bei der Wahl des passenden Weiterbildungsangebotes und stellen den Bildungsscheck aus.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Größere Beträge fördern, p.a. 1.000 €, 75%-100%.

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Weiterhin wäre Erhöhung hilfreich, z.B. Förderung größerer Beträge (p.a. 1.000 €) und/oder Erhöhung der Quote auf 75% - 100%.
- Möglicherweise Erhöhung von Bürokratie.

### **KS-M088 Umfassende Haus-zu-Haus-Beratungsaktionen**

Die direkte Ansprache ist ein zielführendes und motivierendes Mittel zur Unterstützung energetischer Sanierungen. Allerdings werden noch zu selten konzertierte Aktionen in Städten und Gemeinden durchgeführt. Im Rahmen dieser Maßnahme soll durch „Haus-zu-Haus-Beratungen“ die Direktansprache erhöht werden. Im Anschluss erfolgt eine weiterführende Energieberatung, möglichst unter Einbindung von Energieberaterinnen und Energieberatern aus dem Handwerk oder anderen akkreditierten Energieberaterinnen und anderen akkreditierten Energieberatern. Ergänzend können Nachbarschaftsveranstaltungen zur Anwendung kommen. Im Sinne einer Verbreitung dieses Ansatzes in den Kommunen sollten Hinweise für Verwaltungen und Klimaschutzmanagerin und Klimaschutzmanager erarbeitet werden, wie solche Maßnahmen umgesetzt werden können.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- M88 als wichtige Maßnahme, dezentrale Beratungskonzepte zu fördern, die von Best Practices wie Klimaschutzagentur Hannover erfolgreich praktiziert werden
- Erfolgsentscheidend ist Unabhängigkeit der Beratung, Qualitätsstandards bei Architekten, Handwerkern usw.
- Wünschenswert sind Hinweise auf Förderprogramme, Finanzierungsmöglichkeiten schon während der Beratung
- Angesichts von Kosten und Nutzen der Maßnahme sollte auf Nachahmungseffekte in Nachbarschaften und Mundpropaganda gesetzt werden.
- Beispielprojekt ist Energiekarawane Viernheim.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Gute Qualität der Beratung und Finanzierung sicher stellen.
- Hinweise an die Klimaschutzmanager reichen nicht. Ressourcen zur Umsetzung erforderlich.

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- ZebiO als Kooperationspartner
- Konnexitätsprinzip muss gewahrt bleiben
- Nur durchführbar, wenn kommunale Verwaltungen z.B. durch Klimaschutz-Manager aufgestockt sind und dort gezielt solche Vorhaben durchgeführt werden.



### **KS-M089 Energetische Sanierungen in kirchlichen Gebäuden unterschiedlicher Konfessionen**

In NRW befinden sich mehrere tausend Kirchengebäude bzw. Liegenschaften (Kirchen, Gemeindehäuser, Kindergärten, Pfarr-häuser, Krankenhäuser und weitere Gebäude) unterschiedlicher Konfessionen. Diese Bestände weisen noch erhebliche Potentiale hinsichtlich energetischer Sanierungen und CO2-Einsparpotenziale auf. Es bestehen bereits praktische Erfahrungen bei der Umset-zung von Klimaschutzmaßnahmen in kirchlichen Gebäuden, beispielsweise aus dem Bereich kirchliches Umwelt- oder Energiema-nagement. Aufgrund der Multiplikatorrolle kirchlicher Gebäude wie Gemeindehäuser und ähnlichem können beispielhafte energeti-sche Sanierungsprojekte Impulse für weitere Vorhaben setzen. Mit zusätzlichen zielgruppenspezifischen Beratungsangeboten und finanziellen Anreizen sollen Kirchenkreise und -gemeinden für energetische Sanierungsmaßnahmen gewonnen werden. Geeigne-te Institutionen können bei der Etablierung entsprechender Ange-bote und der Beratung über bestehende (Bundes-) Förderpro-gramme unterstützend tätig werden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Dauerhaft genutzte Gebäude (Kindergärten, Krankenhäuser) bergen meist hohes Potential für Verbesserungen
- Wirtschaftlichkeit von Gemeindehäusern oder Kirchen oft grenzwertig wegen geringer Nutzungsdauer der Gebäude.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Vorreiterrolle der Kirchen wird Rechnung getragen.
- "Gesellschaftlicher Druck" aufzubauen.

### **KS-M090 Zielgruppenspezifische Ansprache und Motivation älterer Menschen zur energetischen Gebäudesanierung (Kampagne 60+)**

Grundsätzlich gilt es, die Bereitschaft von Eigenheimbesitzerinnen, Eigenheimbesitzern, Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümern in energetische Sanierungsmaßnahmen zu investieren, zu erhöhen. Die gezielte Ansprache und Motivation insbesondere älterer Menschen ist notwendig, da diese Zielgruppe Sanierungsmaßnahmen besonders oft skeptisch gegenüber steht und spezifische Hemmnisse zu beachten sind. Notwendig ist daher eine Informations- und Beratungskampagne, die auf die Zielgruppe der über 60jährigen fokussiert und eine zielgruppenspezifische Ansprache ermöglicht. Getragen werden kann die Kampagne u.a. vom Land, Kirchen/Religionsgemeinschaften und Bildungseinrichtungen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Perspektive kann z.B. Verrentung des Gebäudes sein.
- Vorbehalte, was Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen und Amortisationszeiten angeht.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- ZebiO als Kooperationspartner.

### **KS-M091 Dachkampagne Energieberatung**

Zurzeit ist bereits ein breites Angebot unterschiedlichster Energie-beratungsangebote am Markt verfügbar. Dabei haben die Beratungen eine unterschiedliche Beratungstiefe, adressieren das gesamte Gebäude oder nur einzelne Aspekte, sprechen ggf. spezielle Zielgruppen an und werden von unterschiedlichen Anbietern angeboten. Das führt zu einer mangelnden Transparenz und Verunsicherung der Beratungsempfänger und ist eines der Hauptthemen zur Ausweitung des Energieberatungsmarktes.

Mit der angestrebten Gemeinschafts- bzw. Dachkampagne soll der Informations- und Erfahrungsaustausch der Akteure in NRW forciert werden. Ziele sind

- die bessere Abstimmung der Energieberatungsangebote untereinander,
- die Schaffung von Markttransparenz für Kundinnen und Kunden,
- die Förderung nachhaltiger Geschäftsmodelle in der Energieberatung sowie
- die Auswertung und Optimierung der verschiedenen Angebote.

Zu diesem Zweck soll eine neutral moderierte und langfristig arbeitende Akteursplattform als Dachkampagne für Energieberatungsangebote geschaffen werden. Leitgedanken sind:

- Kompatibilität der landesweiten, regionalen und kommunalen Beratungs- und Informationsangebote,
- bessere Verzahnung von niederschweligen Beratungsangeboten mit professioneller Energieberatung und
- zielgruppenspezifischen Ansprachen der unterschiedlichen Nutzergruppen.

Das Konzept für eine solche Dachkampagne ist noch zu entwickeln, inkl. konkreter Systematisierungen, Bündelungen und Schwerpunktsetzungen der darin enthaltenen Beratungsmaßnahmenvorschläge 1.004, 1.006, 1.007, 1.009, 1.014, 1.031, 1.033, 1.036, 1.039, 1.043, 1.045

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Konkurrenzdenken schadet Klimaschutzziele.
- M91 unter Einbeziehung sämtlicher Gebäudeeigentümer unabhängig vom Alter.
- Klarheit erforderlich, um Verbrauchern Sicherheit zu geben.
- Verschiedene Fördermaßnahmen sind unbedingt zu bündeln - am sinnvollsten bei KfW.
- Land sollte über die Aus- und Weiterbildungsträger den Gesichtspunkt "Energiesparen" bei Handwerkern des Gas/Wasser-Installationsgewerbes verbessern.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Konzipierung der Kampagne, dass große Städte aber auch ländliche Kommunen sich gleichermaßen angesprochen fühlen.
- Aus Kampagne darf keine Konkurrenz zu eigenen Kampagnen resultieren.
- M91 bei Energieagentur.NRW ansiedeln.

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Durch Eigentümer bezahlbare Maßnahmen in Vordergrund stellen.

- Empfehlung extrem wichtig um verfügbare Kräfte und Know-how bündeln zu können.
- Information und Beratung der Verbraucher muss im Vordergrund stehen.
- Technologieoffenheit, Neutralität und Transparenz sind oberstes Gebot für erfolgreiche Beratung.
- ZebiO als Kooperationspartner.

### **KS-M092 Initiative zur Zukunft der Stromheizung**

Rund um das Thema „Heizen mit Strom“ (Nachtspeicher, Wärme-pumpen, Infrartheizungen) gibt es viele Einzelaspekte, die für Kontroversen sorgen und ggf. in einem regenerativ dominierten Energiemarkt der Zukunft neu diskutiert werden müssen

Mit dieser Initiative soll ein Forum zur Zukunft der Stromheizung geschaffen werden, um die einzelnen Aspekte des Themas auf Landes- aber letztlich auch auf regionaler und lokaler Ebene zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen. Neben dem Informa-tions- und Erfahrungsaustausch können auf diese Weise insbe-sondere bei der Bewertung neuerer Forschungsergebnisse, bei der Identifikation des Bedarfs an landesspezifischen Förderprogram-men sowie bei der Energieberatung Synergien zwischen den Akt-euren geschaffen werden.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Alternativ nur, wenn EE Strom genutzt wird.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Neue Initiative könnte dazu führen, uneffektive Stromheizungen wieder salonfähig zu machen. Dies sollte vermieden werden.
- Maßnahme streichen. Kann kontraproduktiv wirken.

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Kann nur dann sinnvoll sein, wenn eigener PV-Strom z.B. bei einer Wärmepumpe dazu genutzt wird.

### **KS-M093 Bauteam Klimaschutz (integriertes Ansprache-, Beratungs- und Ausführungskonzept für abgestimmte energetische Modernisierungsmaßnahmen)**

Der Aufbau von „Bauteams Klimaschutz“ zielt darauf ab, das übertragbare Modell zur Begleitung von Hausbesitzern von der Ansprache über die Beratung bis zur Ausführung zu nutzen. Durch die Maßnahme soll die Schwelle zur energetischen Gebäudesanierung bei der Zielgruppe Ein- und Zweifamilien-Hausbesitzer gesenkt werden.

Aufgabe des „Bauteams Klimaschutz“ ist das Erkennen umfänglicher, über ein Gewerk hinausgehender Sanierungserfordernisse und die Koordinierung und abgestimmte Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen durch die relevanten Gewerke.

Die Akteure vor Ort (z.B. kommunale Verwaltung, Versorger, Finanziierer und Handwerksorganisationen) legen für die Bauteam-Klimaschutz-Betriebe die Zugangs-Qualifikationen, die Qualitätsstandards und einen Verhaltenskodex fest. Neben der fachlichen Qualifizierung im Einzelgewerk muss aufgrund der gewerke-übergreifenden Arbeitsweise eine Zusatzqualifikation der Betriebe erfolgen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Wichtig ist Qualifikation der Baubeteiligten.
- Eine staatliche Institution zu schaffen ist fraglich.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- ZebiO als regionaler Ansprechpartner.

**KS-M094 Potenzialanalyse und Vermarktung gebäudeintegrierter EE-Nutzung: a)  
Bestandsaufnahme in NRW über Potenziale erneuerbarer Energien im Gebäudesektor**

Durch das Land soll eine Bestandsaufnahme über die Potenziale erneuerbarer Energien im Gebäudesektor in NRW erfolgen. Über die Kartierung und Feststellung der Potenzialflächen kann auf eine kommunale Bebauungsplan-Erhebung gezielt Einfluss genommen werden, so dass eine effiziente Grundlage geschaffen werden kann, Potenziale für eine dezentrale und regenerative Wärme- und Stromerzeugung optimal nutzen zu können. Eine Übersicht der Potenzialflächen kann als Entscheidungsgrundlage für Bauherren dienen.

**Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

**Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

**Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

**Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Maßnahme wird nicht auf Landesebene sondern auf kommunaler Ebene empfohlen
- Wegen schon jetzt problematischer Mittags-Spitze sollte zur Vergleichmäßigung der Netzeinspeisung zunehmend auf O und W ausgerichtete Dachflächen zugegriffen werden, v.a. bei sehr schwach geneigten Dächern.
- Anlage-Kosten inzwischen so günstig und EE-Vergütung so niedrig, dass damit Selbst-/Eigenverbrauch interessanter ist und langfristig Verzicht auf fossil-atomare Netzstützung verringert werden kann.

## **KS-M095 Potenzialanalyse und Vermarktung gebäudeintegrierter EE-Nutzung: b) Solardachkataster NRW**

Vorgeschlagen wird die Ausweitung des bestehenden und Aufbau eines landesweiten Solardachkatasters zur Potenzialanalyse und Bewerbung von Solaranlagen für Stromerzeugung und thermische Solarnutzung. Ziel ist es, die Investition von Gebäudeeigentümern in eine Solaranlage zu vereinfachen und dadurch die Nutzung solarthermischer und photovoltaischer Systeme insbesondere auf privaten Wohngebäuden voranzubringen. Auf einer zentralen Plattform werden verfügbare Daten und Rechentools zugänglich gemacht und zentral beworben. Interessierte Kommunen werden durch eine landesweite Förderung unterstützt, ebenfalls für die Gebäude ihres Gebietes ein Solardachkataster zu erstellen.

Ggf. ließe sich das Solardachkataster mit einem „Wärme-Dachkataster“ verbinden, bei dem Luftaufnahmen mit einer Wärmebildkamera Hinweise auf energetischen Sanierungsbedarf von Dächern liefern (Beispiel aus der Stadt Bocholt).

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Solarkataster abschaffen, da es kaum Wohngebäude gibt, die nicht für Solarenergieeinsatz geeignet sind.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Kommunen, die nicht über ein Kataster verfügen, sollten zur Einrichtung animiert, aber nicht dabei gefördert werden.
- Aufnahmen nicht ohne persönliche Beratung ins Netz stellen - Interpretation von Aufnahmen aus thermographischer Befliegung für Laien schwierig.
- Viele Kommunen und Städte verfügen bereits über Solardachkataster.
- Bestehende Kataster beachten. Wichtig ist v.a. Integration Information zu weiterführenden Services und Ansprechpartnern.

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -



### **KS-M096 Potenzialanalyse und Vermarktung gebäudeintegrierter EE-Nutzung: c) PV-Dachflächenbörse (Webbasierte Datenbank)**

Die Energiewende wird wesentlich auf kommunaler oder regionaler Ebene vorangetrieben. So bieten viele verschiedene lokale Organisationen und Institutionen Bürgerinnen und Bürgern sowie anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren die Möglichkeit, sich zu informieren und zu vernetzen und ihren Beitrag zur nationalen Gemeinschaftsaufgabe zu leisten. Eine Austauschplattform, auf der die Anbieter von Dachflächen mit möglichen Investoren zusammengebracht werden, fördert den Ausbau der erneuerbaren Energien. Soweit eine solche Plattform nicht über die Kommune organisiert wird, könnte eine Umsetzung auch über die örtlichen Handwerkseinrichtungen erfolgen. Das Handwerk spielt bei der Planung, Ausführung und Wartung eine wichtige Rolle. Wenn solche Energieinvestitionen in einem regionalen oder kommunalen Zusammenhang organisiert werden, sichert dies die Wertschöpfung vor Ort. Grundsätzlich kann eine solche Plattform das Matching auch bei anderen Klimaschutz-Themen erhöhen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Kommunen könnten maximal animiert werden, eine Dachbörse einzurichten, gefördert sollte das aber nicht werden.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- ZebiO als regionaler Partner.

### **KS-M097 Beratungsangebote zur Nachrüstung von Solarthermieanlagen in Bestandsgebäuden**

Solarthermie ist ein wesentlicher Baustein der Energiewende. Die Zahl der neu installierten solarthermischen Anlagen ist jedoch 2008 im Vergleich zum Vorjahr gesunken und erfährt seitdem nicht den Zubau, der aus ökonomischen und ökologischen Gründen sinnvoll wäre. Das Ziel der Maßnahme ist die Erhöhung der Nachrüstquote von solarthermischen Anlagen für Bestandsgebäude (Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser mit zentraler Heiz- und Warmwasserversorgung) durch gezielte Informationsangebote. Die Vorteile der Solarthermie für Nutzer und Umwelt sollen bekannt gemacht und damit ein weiterer Ausbau dieser Technik angeregt werden. Das Land soll dafür ein Förderprogramm, welches an Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer, Investorinnen und Investoren, Planerinnen und Planer gerichtet ist, etablieren. Das Förderprogramm setzt auf Information und Aufklärung, hilft mit einem netzgestützten Tool (mit Online-Rechner) die Wirtschaftlichkeit entsprechender Anlagen zu berechnen und berät interessierte Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer vor Ort.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Interessant sind v.a. Kombianlagen (Brauchwasser plus Heizung) für Bürger.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Hier kann vorhandener Solarcheck genutzt werden
- Hilfreich sind einfache Antragstellung, klare Vorgaben und dauerhafte Investitionssicherheit.

### **KS-M098 Erneuerbare Energien für Gebäude für religiöse Zwecke**

In NRW befinden sich mehrere tausend Kirchengebäude bzw. Liegenschaften (Kirchen, Gemeindehäuser, Kindergärten, Pfarrhäuser, Krankenhäuser und weitere Gebäude) unterschiedlicher Konfessionen. Diese Bestände weisen noch erhebliche Potentiale hinsichtlich der Erzeugung Erneuerbarer Energien auf. Es bestehen bereits praktische Erfahrungen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in kirchlichen Gebäuden, beispielsweise aus dem Bereich kirchliches Umwelt- oder Energiemanagement.

Aufgrund der Multiplikatorrolle kirchlicher Gebäude wie Gemeindehäuser o.ä. können beispielhafte Projekte zur Erzeugung Erneuerbarer Energien Impulse für weitere Vorhaben setzen. Mit zusätzlichen zielgruppenspezifischen Beratungsangeboten und finanziellen Anreizen sollen Kirchenkreise und -gemeinden für die Installation von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien (PV- und Solarkollektoranlagen, Wärmepumpen etc.) gewonnen werden. Geeignete Institutionen können bei der Etablierung entsprechender Angebote und der Beratung über bestehende (Bundes-) Förderprogramme unterstützend tätig werden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Solche Fälle müssen in allgemeine Förderung integriert werden, damit nicht alles noch unübersichtlicher wird.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M099 Landesinitiative auf Bundesebene zur Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG)**

Der Wärmesektor ist als Teilbereich der Energiewende in Deutschland im Unterschied zum Stromsektor bislang wenig vorangekommen und stagniert derzeit mit einem EE-Anteil von 10%. Die bislang eingesetzten Instrumente haben keine ausreichende Wirkung erzielt, ein positiver Trend ist ebenfalls nicht erkennbar. Um den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmebereich durch eine verbesserte finanzielle Förderung zu unterstützen, soll das Land NRW eine Initiative auf Bundesebene zur Einführung / Novellierung eines haushaltsunabhängigen Gesetzes zur Förderung der Nutzung von EE-Wärme im Gebäudebestand starten. Dieses Gesetz soll eine Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG) darstellen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Bestandschutz sorgt für Hemmnisse
- Abgabenlast hat ein Niveau erreicht, das Akzeptanz der Energiewende mittlerweile gefährdet
- Weiteres Gesetz zur Förderung EE in Wärmenutzung führt zu weiterer Belastung der Bevölkerung.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Beachten, dass Biomasse / Biogas basierte Wärmelösungen möglichst KWK-Anlagen sind.

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Dezentrale Fortführung der Wärmewende ist zu unterstützen
- Öko-Umlage auf Heizöl und Erdgas zur Förderung der energetischen Sanierung und erneuerbarer Energien im Gebäudebereich nicht empfehlenswert.
- Vermeidung staatlich verursachter Verteuerungen der Wärmeversorgung aufgrund damit verbundener sozial ungerechter Verteilungswirkungen
- Unsichere weitere Entwicklung einer Heizenergie-Umlage verhindert Modernisierungsmaßnahmen in moderne, effiziente Technik.
- Der im Verhältnis zum Preis von kWh Strom sehr billige Preis für kWh Gas- oder Heizöl-Wärme hier als Investitions-Bremse.
- Empfehlung der Entwicklung einer wirksamen Förderung/wirksame Sanierungs-Strategie.

### **KS-M100 Initiative Prosumer**

(Energie-) Verbraucherinnen und Verbraucher oder Kundinnen und Kunden, die gleichzeitig (Energie-) Produzentinnen und Pro-duzenten sind, werden auch als „Prosumer“ bezeichnet. Im Ener-giewende-System der Zukunft werden Verbraucherinnen und Verbraucher in verstärktem Maße Möglichkeiten bekommen, sich aktiv als Produzenten von Energie oder durch intelligentes Last-management am Energiemarkt zu beteiligen.

Mit der Prosumer-Initiative soll ein Forum geschaffen werden, um die einzelnen Aspekte des Themas auf Landes- aber letztlich auch auf regionaler und lokaler Ebene zu diskutieren und den Prosumer-Gedanken zu stärken. Mit gezielten Informations- und Beratungsangeboten sollen Verbraucherinnen und Verbraucher über ihre Möglichkeiten informiert werden, am Energiemarkt aktiv teilzunehmen und davon zu profitieren.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Personenkreise mit Wohneigentum z.B. in Beteiligungsinitiativen am Energiewandel teilhaben lassen

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M101 Entwicklung von dezentralen (Kurzzeit-) Stromspeichern für den Einsatz im Wohngebäudesektor**

Nahezu alle dezentral in bzw. an Gebäuden installierten KWK- und PV-Anlagen speisen den vor Ort erzeugten Strom auf Grund bisheriger finanzieller Anreize meist vollständig in die Stromnetze ein und weisen Eigenverbrauchsquoten von unter 40 % auf. Kleine dezentrale Stromspeicher können in einer Vielzahl der Lastfälle zu Zeiten erhöhter Erzeugung mit gleichzeitig geringem Verbrauch (Tagfall Wohngebäude) genug Strom aufnehmen, um diesen in (abendlichen) Zeiten (hoher Verbrauch, niedriger Ertrag) bereitzustellen. Gebäudeintegrierte und auf Verteilnetzebene untereinander vernetzte Stromspeichertechnologien sind allerdings bisher kaum am Markt verfügbar, und zudem in der Anschaffung recht teuer. Das Land soll daher eine Förderung von Forschung, Entwicklung und Anwendung einsetzen, welche sich insbesondere an die Wissenschaft (zur Entwicklung der Speicher und deren Einbindung in Gebäude- und Verteilnetzsysteme), Ing.-Büros (zur Einbindung in Gebäudesysteme), Unternehmen und die öffentliche Hand (zur Entwicklungsförderung) richtet. Geeignete Institutionen können durch Informationskampagnen diese Fördermaßnahmen flankieren. Zudem sollte der Markt durch diese Förderung des Landes ebenfalls angereizt werden. Geeignete Institutionen können durch Informationsangebote und das Setzen eigener Anreize ebenfalls auf die Erhöhung der Eigenverbrauchsquoten einwirken.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Darauf hinwirken, dass Eigenstromerzeugung attraktive Alternative bleibt
- Zusätzliche Umlagen sollten unterbleiben
- Förderungen auch auf Gewerbe und private Haushalte beziehen
- Auch kleinere Kompaktanlagen (PV-Module mit passender Speichertechnologie) schon im Bereich von 1 - 3 kWp könnten gefördert werden

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Wichtig, da M101 dezentralen Wert vieler kleiner Erzeuger zur Netzstützung manifestiert. Gesteigert werden kann dieser Wert durch Einbau von Speicher-Management-Anlagen bei künftigen PV-Betreibern
- Verbraucherverhalten kann entscheidend beeinflusst werden
- M101 trägt langfristig zum Verzicht auf fossil-atomare Kraftwerke bei.

## **KS-M102 Einrichtung eines Kompetenznetzwerks Speicher zur Förderung und Bündelung von Pilotprojekten „Dezentrale Energiespeicher im Zusammenhang mit Wärme- und Kälteversorgung“**

Eine weitgehende Vollversorgung mit erneuerbaren Energien (Wärme und Strom) benötigt aufgrund ihrer teilweise un stetigen Energiebereitstellung Konzepte zur Energiespeicherung bzw. Bedarfssteuerung. Ziel dieser Maßnahme ist es, auf Landesebene die Entwicklung und spätere Markteinführung von innovativen, möglichst kompakten und preiswerten dezentralen Speichern bzw. Speicherkonzepten zur Verlagerung von EE-Überschüssen in Zeiten mit geringem EE-Angebot voranzutreiben und zu bündeln. Zusätzlich zu dem dezentralen Speicheransatz auf Gebäude- bzw. Siedlungsebene sollen auch netzgebundene Konzepte wie bspw. Power-to-gas mit Speicherung von Wasserstoff oder EE-Methan im bestehenden Gasnetz betrachtet werden.

Das Land NRW soll – analog zu bereits bestehenden Netzwerken im Bereich Brennstoffzellen, Photovoltaik, Energieeffizientes und solares Bauen etc. - eine neue Informationsplattform „Kompetenznetzwerk Energiespeicher“ schaffen, die sich technologieneutral für den Austausch zwischen den relevanten Akteuren (Industrie, Wissenschaft, Politik) einsetzt. In einem ersten Schritt werden dort die auf Landesebene bereits bestehenden Energiespeicherprojekte mit Pilotcharakter identifiziert und ihre Akteure zusammengebracht. Perspektivisch sollen zukünftige Pilotprojekte gefördert, gebündelt, evaluiert und kommuniziert werden, um eine Synchronisierung der Zielsetzungen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu erreichen.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M103 Erweiterung der Begünstigungsvorschriften für Wohnungsunternehmen im Gewerbesteuergesetz**

Für Wohnungsunternehmen gilt eine Begünstigungsvorschrift im Gewerbesteuergesetz, die sogenannte „erweiterte Gewerbesteuer-erkürzung für Grundstücksunternehmen“. In diesem Zusammenhang führen Tätigkeiten, wie zum Beispiel der Betrieb einer Photovoltaik- (PV) oder einer Kraft-Wärme-Kopplungsanlage (KWK), dazu, dass ein Wohnungsunternehmen die Gewerbesteuerbefreiung verliert und sämtliche Einkünfte – also auch die aus der Vermietung der Wohnungen - steuerpflichtig werden. Aus diesem Grund investieren Wohnungsunternehmen in der Regel nicht in PV- bzw. KWK-Anlagen. Um diesen Missstand zu beseitigen, soll sich das Land NRW auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Betrieb von PV- und/oder KWK-Anlagen als gesetzlich zugelassene Nebentätigkeit für Wohnungswirtschaften steuerrechtlich anerkannt wird.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Wohnungsunternehmen sollten nicht zu Contractern werden.
- M103 nur bei eigenen Wohnungen.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- KWK-Anlagen haben i.d.R. Nachteil, nicht ausreichend Wärme loszuwerden.



### **KS-M104 F&E-Intensivierung für den Einsatz erneuerbarer Energien sowie Dämm- und Anlagentechnologien in Gebäuden**

Nach der EU-Gebäuderichtlinie 2010/31/EU müssen neue öffentliche Gebäude ab 2019 und alle übrigen Neubauten ab 2021 den Niedrigstenergiehaus-Standard erfüllen. Bei grundlegenden Sanierungen sind diese Vorgaben auch im Bestand anzuwenden. Ferner muss nach EU-Richtlinie 2009/28/EG der Anteil erneuerbarer Energien im Wärmesektor von ca. 6 % in NRW auf 14 % gesteigert werden (in Analogie zum bundesdeutschen Ziel).

Mit den derzeit verfügbaren Techniken werden diese Vorgaben kaum mit einem vertretbaren Aufwand in die Praxis umgesetzt werden können. Es wird daher vorgeschlagen, dass die Förderung der Innovation und technischen Entwicklung im Bereich „Steigerung energieeffizienter Techniken und Verfahren“ und „Leistungsstärkere Techniken zum Einsatz erneuerbarer Energien“ im Gebäudesektor einen Schwerpunkt bilden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M105 Schimmelnetzwerk NRW**

Das Auftreten von Schimmel in alten aber auch in neuen oder sanierten Wohnräumen ist ein vielschichtiges und häufig auch ein Tabu- oder Streitthema. Das in NRW 2012 gegründete „Schimmelnetzwerk NRW“ will ein Forum bieten, um die Probleme, Ursachen und Lösungen im Zusammenhang mit Schimmel in Gebäuden gemeinsam mit den beteiligten Akteuren anzugehen.

Ziel ist es, das Netzwerk zu einer festen Plattform auszubauen und sich regelmäßig zu treffen. Dabei stehen Fachaustausch, gegen-seitige Information und Durchführung von Workshops und Tagungen im Vordergrund. Im Ergebnis sollen durch die Zusammenführung fächerübergreifender Informationen Möglichkeiten der besseren Prävention von Schimmelschäden und geeignete Sanierungsleitfäden erarbeitet werden.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Menschen in den Wohnungen sind bei der Sanierung über Konsequenzen zu informieren.
- Falsche Sanierung oder Ausführung schadet u.U. genau so wie keine Sanierung.
- Anlaufstelle für Bevölkerung für Gesundheitsfragen schaffen.
- Gesundheit sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.
- Netzwerk aus allen fachlich betroffenen Bereichen zusammensetzen.
- Netzwerk sollte neutral und unabhängig agieren können.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Landesweite Kampagne gegen Unwahrheiten/Mythen Gebäudesanierung mit starten.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Sorgfalt bei Ausführung von Dämmarbeiten und das ganzheitliche Denken wichtigste Kriterien - Hier ist hoher Nachholbedarf bei allen Wärmedämm-Gewerken.

### **KS-M106 NaWaRo im Bauwesen: a) Beseitigung von Hemmnissen für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe im Bauwesen**

Der Energieaufwand für die Erstellung und Sanierung von Bauwerken ist in den letzten Jahrzehnten erheblich gestiegen und kann - insbesondere bei Niedrigenergiehäusern - ein Vielfaches des Jahresenergieaufkommens zum Heizen ausmachen. Im Gegensatz zu mineralisch oder öl- bzw. erdgasbasierten Baustoffen sind nachwachsender Rohstoffe (NaWaRo) aus der Land- und Forstwirtschaft insbesondere bei regionaler Nutzung in ihrer Herstellung wenig energieaufwändig, zudem speichern sie Kohlenstoff während ihrer Nutzungsdauer und können am Ende des Lebensweges energetisch verwertet werden.

Trotz ihrer Vorteile für den Klimaschutz bestehen in den Bauvorschriften und -Richtlinien zahlreiche mögliche Hemmnisse beim NaWaRo-Einsatz. Im Rahmen dieser Maßnahme sollen diese Hemmnisse analysiert und beseitigt werden. Dazu soll in einem ersten Schritt eine Analyse der Landesbauordnung (BauO NRW) und nachfolgender Ordnungen sowie der allgemeinen Bauleitlinien (einschließlich Baunormen) erfolgen unter Berücksichtigung folgender Aspekte:

- Anpassung der Landesbauordnung BauO NRW an die Musterbauordnung (MBO),
- Erleichterung von Einzelnachweisen für Holzbaustoffe und -bauteile
- Analyse begleitender Vorschriften im Bauwesen, z. B. Zulassungsverfahren für Baustoffe und Bauweisen, Emissionsvorschriften und Nachweisverfahren (z. B. für VOC, Formaldehyd, Brandschutz).

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Bauherr sollte selbst entscheiden dürfen, ob er nachwachsende Rohstoffe verwenden möchte.
- Bei günstigerer Fertigung von Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen wird sich der Markt langfristig selbst zu umweltfreundlichen günstigeren Baustoffen hinregulieren.

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Effiziente Nutzung der Rohstoffe im Fokus des Interesses.
- Keine Produkte verbauen, die mit weniger Energie aus nachwachsenden Rohstoffen erzeugt werden können, sofern nachwachsende Rohstoffe einerseits zur Verfügung stehen bzw. die Fläche für deren Erzeugung zur Verfügung steht.

### **KS-M107 NaWaRo im Bauwesen: c) Verankerung des Prinzips der „Klimaschutzorientierung bei der Wahl der Baustoffe“ in den Bauvorschriften und Bauleitlinien des Landes**

Der Energieaufwand für die Erstellung und Sanierung von Bauwerken ist in den letzten Jahrzehnten erheblich gestiegen und kann - insbesondere bei Niedrigenergiehäusern - ein Vielfaches des Jahresenergieaufkommens zum Heizen ausmachen. Im Gegensatz zu mineralisch oder öl- bzw. erdgasbasierten Baustoffen sind nachwachsender Rohstoffe (NaWaRo) aus der Land- und Forstwirtschaft insbesondere bei regionaler Nutzung in ihrer Herstellung wenig energieaufwändig, zudem speichern sie Kohlenstoff während ihrer Nutzungsdauer und können am Ende des Lebensweges energetisch verwertet werden. Ziel der Maßnahme ist, eine ganzheitliche Klimaschutzbewertung von Gebäuden über ihre gesamte Lebens- bzw. Nutzungsdauer (Errichtung – Nutzung – Rückbau) in NRW zu erreichen. Dazu ist es sinnvoll, das Prinzip der „Klimaschutzorientierung bei der Wahl der Baustoffe“ in den Bauvorschriften und Bauleitlinien des Landes (z. B. Landesbauordnung, kommunale Baustrategien, NRW-Erlass „nachhaltiges Bauen“) zukünftig zu berücksichtigen. Es soll also eine erweiterte Gebäudebewertung einschließlich der ökologischen Produktbeschreibungen von Bauprodukten und Gebäuden/Gebäudeteilen erfolgen (Carbon Footprint). Gleichzeitig soll das Land in seiner Vorreiterrolle klimafreundliche Baustoffe in der Beschaffung der öffentlichen Verwaltung verstärkt berücksichtigen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Erleichterung bei Erreichung von Förderzielen, Berechnung eines Bonus' (-10% wie Wärmebrückenzuschlag +10% ) Primärenergiebedarf.
- Keine Beschränkungen, die alternative Produkte bevorzugen, nur weil Bauvorschriften Alternativen ausschließen.

### **KS-M108 Initiative klimafreundliches Bauen NRW**

Unter Federführung der Landesregierung soll eine Initiative gegründet werden, mit der die Klimaverträglichkeit der Bauaktivitäten (Bestand und Neubau) in NRW gesteigert werden soll. Dies betrifft sowohl die Energieeinsparung bei der Gebäudenutzung als auch die Prozesskette der benötigten Materialien, die Langlebigkeit und Entsorgung sowie Aspekte der gesundheitlichen Unbedenklichkeit und lokaler Umweltauswirkungen.

Informations- und Erfahrungsaustausch, die Erarbeitung gemeinsamer Positionen, der Aufbau von Beratungs- und Umsetzungsstrukturen sind die Grundlagen, mit denen sich die Initiative zunächst beschäftigen sollte. Darauf aufbauend könnten Informationskampagnen gestartet, Forschungszusammenarbeit aktiviert, Fachveranstaltungen organisiert werden etc.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Bei Energieagentur.NRW ansiedeln.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M109 Demonstrationsvorhaben für die ganzheitliche Klimaschutzbetrachtung bei der Wahl der Baustoffe**

Ziel der Maßnahme ist, Demonstrationsvorhaben von Bau- bzw. Sanierungsprojekten mit ganzheitlicher Klimaschutzbetrachtung im öffentlichen/genossenschaftlichen und privaten Bereich (Bau-träger) zu ermöglichen. Bisherige Konzepte (z.B. Klimaschutz-siedlungen) orientieren sich noch überwiegend an der Nutzungs-phase der Gebäude. Der Carbon Footprint der eingesetzten Bau-stoffe und auch der Rückbau werden dabei oftmals nicht einbe-zogen. Die Demonstrationsvorhaben sollen die Möglichkeiten einer ganzheitlichen Klimaschutzbewertung von Gebäuden über ihre gesamte Lebens- bzw. Nutzungsdauer (Errichtung – Nutzung – Rückbau) zeigen. Dabei sollen insbesondere auch verschiedene Dämmstrategien und Dämmmaterialien (u.a. NaWaRos) ver-gleichend untersucht werden. Daneben sind auch Demonstrati-onsvorhaben zum Einsatz von C-basierten Produkten mit längerer Lebensdauer (Speicher- und Substitutionseffekte) zu initiieren.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M110 Kommunales Energiemanagement (einfaches Energiecontrolling für kommunale Liegenschaften)**

Bisher hat sich Energiemanagement für kommunale Liegenschaften noch nicht flächendeckend etabliert, obwohl dadurch Energie, Kosten- und CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale realisiert werden könnten. Es wird daher angeregt, dass Kommunen nicht nur zur Erstellung von Klimaschutzkonzepten, sondern auch zur Einführung zumindest eines einfachen Energiecontrollings für ihre Liegenschaften angeregt werden.

Mögliche Ansätze sind:

- Informationsvermittlung und Schaffung eines Problembewusstseins in der Kommunalpolitik und in den Verwaltungsspitzen,
- Abbau von Berührungsängsten (Nachweis von Fehlentscheidungen in der Vergangenheit, Aufdeckung von Missständen, die über viele Jahre unnötig Kosten verursacht haben) und Aufbau eines positiven, kontinuierlichen Verbesserungsprozesses,
- Spezielle Unterstützung kleiner Kommunen, z.B. durch einen Energiemanager, den sich mehrere Kommunen teilen und/oder die Zusammenarbeit mit externen Fachleuten,
- Blaupausen für die Zusammenarbeit von internen und externen Fachleuten zur Bewältigung der Aufgaben,
- Anreizsysteme für die Umsetzung, z.B. via Sanierungszuschuss.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Für das dauerhafte Betreiben des Energiemanagements sind Ressourcen durch das Land bereit zu stellen.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Zwingende Gesetze notwendig für flächendeckenden Erfolg.
- Bedarf an stringenten und erfahrener Klimaschutz-Manager/Innen.

### **KS-M111 Förderprogramm „Energieeffizienz im Einzelhandel“**

Insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fehlen häufig Ressourcen und Know-how auf dem Weg zur Energieeffizienz. Ziel eines branchenspezifischen Förderprogramms „Energieeffizienz im Einzelhandel“ sollte es daher sein, Einzelhandelsunternehmen, Eigentümerinnen und Eigentümer von Einzelhandelsimmobilien und Dienstleisterinnen und Dienstleister, die selbst Einzelhandel betreiben, über die Potenziale der Energieeffizienz zu informieren und sie durch praktikable und wirksame Lösungsvorschläge sowie Orientierungsangebote bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz zu unterstützen. Im Idealfall umfasst das Programm neben der investiven Förderung auch vorbereitende und begleitende Beratungsleistungen. Die Maßnahme zielt dabei auf eine große Breitenwirkung, eine Aktivierung zusätzlicher Akteure, die ihrerseits das Thema Energieeffizienz im Einzelhandel vorantragen können, und auf eine stärkere Vernetzung und Koordination bestehender Ansätze.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Handlungsbedarf durch offene Glaseingangstüren vieler Einzelhändler als Kundenwerbung – auch im Winter.

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Beratungsinitiative kann z.B. analog zum Beratungsnetzwerk Handwerk über Effizienzagentur NRW organisiert werden.



### **KS-M112 Initiative „Handwerk spart Energie“**

Der Energieverbrauch in Handwerksunternehmen lässt sich in vielfältiger Weise positiv beeinflussen, sowohl in der Produktion, in der Verwaltung und in der Erbringung von Dienstleistungen. Maßnahmen zur Energieeinsparung sind oftmals nicht bekannt oder werden aufgrund nicht ausreichender Transparenz der Amortisationszeiträume bzw. Lebenszykluskosten nicht umgesetzt. Es ist daher vorgesehen, Best-Practice-Beispiele durch einen regionalen Wettbewerb „Handwerk spart Energie“ bekannt zu machen und somit Anreize zur Nachahmung zu schaffen. Um eine ausreichende Zahl von Best-Practice-Beispielen zu erhalten, wird ein Wettbewerb durchgeführt. Handwerksbetriebe, die in den letzten Jahren als Pioniere Maßnahmen zur Energieeinsparung durchgeführt und / oder Systeme zur Gewinnung regenerativer Energie installiert haben, können am Wettbewerb teilnehmen und werden prämiert. Das Land kann den Wettbewerb durch Öffentlichkeitsarbeit (bspw. Flyer) unterstützen. Über die Handwerkskammer kann die direkte Ansprache der Handwerksbetriebe erfolgen (bspw. über Direkt-Mailing). Als Sponsoren für den Wettbewerbspreis können regionale Energieversorger und Hersteller von Systemen zur Wärmerückgewinnung sowie zur Nutzung regenerativer Energien fungieren.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Sinnvoller wäre Kooperationsprojekt, bei dem Energieberater und Handwerker gleichermaßen Kunden betreuen - ob Handwerker kompetent mit Thema Energieeffizienz umgeht, kann Kunde nicht abschätzen.
- Initiative des Handwerks ohne Kooperation mit Energieberater nicht für sinnvoll erachtet.

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M113 Einführung von Umweltmanagementsystemen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen**

In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wird durchschnittlich relativ viel Energie verbraucht. Oft ist noch ein hoher Anteil alter sanierungsbedürftiger Anlagen in Betrieb. Die Einführung eines Umwelt- bzw. Energiemanagementsystems wäre hier daher sinn-voll. Mit dieser Maßnahme sollen Anreize in Form von Beratung und finanzieller Unterstützung geschaffen werden, um den Ein-stieg in ein Umwelt- und Energiemanagement gerade für Instituti-onen mit knapper Ressourcenausstattung zu erleichtern. Kran-kenhäuser und Pflegeeinrichtungen erhalten spezifisch abge-stimmte Informationen, Beratungen und Schulungsangebote für ihre Beschäftigten zum Umwelt- und Energiemanagement. Au-ßerdem können sie finanzielle Unterstützung in Form einer Zu-schussförderung für Beratungs-, Auditierungs- und Personalkos-ten beim Land beantragen. Die Beratung und Schulung könnte durch geeignete Institutionen in Kooperation mit der Kirchen und Religionsgemeinschaften erfolgen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Abhängig von Finanzierungs-Möglichkeiten - kontinuierlich fortgeschriebenes Energiecontrolling (z.B. nach Standard des BAFA) wäre bereits ausreichend .
- Überaus hoher Aufwand bei EnMS nach ISO 50001 .
- M113 positiv zu sehen: der in Pflegeeinrichtungen herrschende Kostendruck (Personalkürzungen und persönliche Überlastungen) kann so zu verbesserter Pflege hin ausgeschöpft werden, da mehr Personal bezahlbar wird.
-

### **KS-M114 Aufzugsschacht-Entrauchung**

In Deutschland gibt es zirka 600.000 Aufzugsanlagen, pro Jahr kommen etwa 10.000 hinzu. Die Hälfte der bestehenden Aufzüge ist älter als 20 Jahre. Bisher werden im Schachtkopf Permanentöffnungen vorgesehen, um die gesetzliche Vorgabe nach Rauchableitung zu erfüllen. Diese Permanentöffnungen stellen jedoch eine Lücke in der thermischen Gebäudehülle dar. Ziel ist es daher, die derzeit in Aufzugsschächten auftretenden Wärmeverluste mittels geschlossener Entrauchungsanlage (Entrauchungsklappen) und kontrollierter Lüftung zu minimieren.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Feuerschutz, Betriebssicherheit, vorhandene bauliche Möglichkeiten sind zu berücksichtigen.

### **KS-M115 Energieeinsparung in hydraulischen Systemen (Pumpen)**

Bei Pumpen für Heizungs-, Warmwasser-, Klima-, und Lüftungs-anwendungen liegen sowohl im Wohn- als auch im gewerblichen Bereich erhebliche Einsparpotenziale für Strom und teilweise auch für Wärme (z.B. Zirkulationsverluste bei Trinkwarmwasser) vor. Zur vollständigen Ausschöpfung der Energieeffizienz-Potenziale ist es notwendig, das gesamte hydraulische System, bestehend aus Pumpe, Armaturen und Verbraucher, zu betrachten.

Bei Investitionsentscheidungen wird vielfach vernachlässigt, dass die Anschaffungskosten für eine Anlage über die gesamte Nutzungszeit oft nur einen Bruchteil der Gesamtkosten ausmachen. Bei einem Pumpensystem können ca. 80 Prozent der Kosten auf den Energieverbrauch fallen. Daher sollten bei der Planung einer Anlage nicht ausschließlich die Anschaffungskosten, sondern die Vollkosten über die gesamte Lebensdauer (Lebenszyklus) betrachtet werden.

Vorgeschlagen wird daher eine verbesserte Information über die Einsparpotenziale im Bereich Hocheffizienzpumpen und hydraulische Optimierung, sowohl für Haushalte als auch für Gewerbe, Handwerk etc.. Zielführend wäre auch eine verbesserte steuerliche Abschreibbarkeit von solchen Investitionen besonders für kleine Unternehmen / Gewerbe / Handwerk.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- Integrierte Betrachtung: Abstimmung des Gesamtsystems nötig.
- Berechnung und Überprüfung sollte durch qualifizierte Ingenieurbüros und Energieberater gemacht werden.
- 

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- Maßnahme sollte unverzüglich zwangsweise verordnet werden.

## **KS-M116 Energieeffizienz durch Gebäudeautomation: Beratungs- und Schulungsangebote zur EnEV 2014**

In der anstehenden Energieeinsparverordnung 2014 wird auch die Gebäudeautomation, die insbesondere im Nichtwohngebäudebereich eine hohe Relevanz hat, erstmals verankert sein. Hier vollzieht sich auch im Baugewerbe ein Wandel von bisher einzelnen, voneinander getrennten Gewerken hin zur Notwendigkeit des Systemgedankens und somit zur Vernetzung.

Die hiermit verbundenen Änderungen nicht nur in der Technologie, sondern auch in den Arbeitsabläufen muss allen beteiligten Akteuren wie Planerinnen und Planern, Handwerkerinnen und Handwerkern verdeutlicht werden. Nur wenn die ausführenden Akteure mit genügend Know-how ausgestattet werden, um intelligente, energiesparende Technologien bei den Kundinnen und Kunden zu erläutern und dann auch fachgerecht und in klarer Zusammenarbeit der einzelnen Gewerke zu verbauen, kann eine Akzeptanz bei den Investoren erreicht werden. Es wird daher eine Optimierung der Weiterbildungs- u. Beratungsangebote sowie ergänzende Öffentlichkeitsarbeit angeregt.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Bereits viele bestehende Schulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur EnEV 2014 existent - keine weiteren Angebote erforderlich.

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M117 Gewerbe / Industrie: Energieberatungskampagnen ausbauen**

Nach wie vor gibt es Beratungsbedarf für die energetische Optimierung im Bereich Handel, Gewerbe, Dienstleistung. Bei dieser Zielgruppe entscheidend ist ein klar positives Kosten-Nutzen-Verhältnis der angebotenen Dienstleistung. Hier kann eine intensive Zusammenarbeit mehrerer Akteure dieses Verhältnis weiter verbessern.

Mögliche Ansätze sind:

- ein regelmäßiger Runder Tisch zu dem Thema,
- die Prüfung, ob einzelne Prozessabläufe der EFA NRW übernommen werden sollten,
- die Unterstützung der Energieberaterinnen und Energieberater durch geeignete Institutionen, z.B. durch Ausbau der Verfügbarkeit von Energiekennzahlen (für Branchen und Prozesse); ggf. können bereits vorhandene Daten nutzbar gemacht werden,
- für die Kundin und den Kunden sichtbare bessere Verzahnung der Angebote geeigneter Institutionen mit kommerziellen Angeboten,
- Austausch auf Expertenebene zur Verbesserung der fachlichen Qualität und zur Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnisses bei der Energieberatung.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Begründete Hemmnisse in Industrie, in funktionierende, laufende Produktionsprozesse einzugreifen, um Ausfallzeiten möglichst gering zu halten.

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Einbezug der Kommunen bei den Aktionen sinnvoll.

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- ZebiO als regionaler Ansprechpartner.
- M117 erforderlich zur Fehlervermeidung an Schnittstellen.

### **KS-M118 Energieeffiziente Straßenbeleuchtung**

Etwa ein Drittel aller deutschen Straßen ist mit ineffizienten Beleuchtungsanlagen aus den 1960er-Jahren ausgestattet. Ineffiziente Lampen und Vorschaltgeräte, Streuverluste, verschmutzte Leuchten, nicht ausreichend transparente Abdeckungen und Planungsfehler sind die Hauptgründe für eine schlechte Energieeffizienz. Die Stromkosten für die Straßenbeleuchtung betragen bis zu 50 Prozent der kommunalen Energiekosten. Steigende Energiepreise und gesetzliche Anforderungen zwingen Städte und Gemeinden verstärkt zum Handeln. Effiziente Lichttechnik ist vorhanden – und ermöglicht Einsparungen bis zu 80 Prozent. Es werden daher folgende Maßnahmen vorgeschlagen (Auswahl):

- Für Kommunen auch in Haushaltssicherung zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten zur Steigerung der Beleuchtungseffizienz schaffen
- verbindliche Lebenszykluskostenbetrachtungen (TCO/TPO) für Außenbeleuchtungsanlagen, Änderung der VgV (Vergabeverordnung)/ VOL (Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen) und VOB (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen) (Lebenszykluskostenbetrachtungen über anvisierte Nutzungszeit des Straßenbeleuchtung ohne Rücksicht auf die Vertragsdauer zum Betrieb der Straßenbeleuchtung)
- verbindliche Umsetzung der nach TCO/TPO eingeplanten energieeffizienten Technologien (Gesetz oder Verordnung).
- verpflichtende Planung von Beleuchtungsanlagen für Straßen nach entsprechender Normenreihe DIN 13201 (Verordnung)
- Anschubförderung für energieeffiziente Beleuchtungstechnologien

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M119 Projektatlas**

Der Projektatlas sollte durch den Klimaschutzmanager aufgebaut werden und über die reine Präsentation von Modellprojekten hinaus auch die Kontaktaufnahme zu einschlägigen Ansprechpartnern erleichtern. Damit wird dem Ruf nach einer verbesserten Auffindbarkeit von Experten nachgekommen. Die kommunalen Internetseiten sollten eine solche Dienstleistung liefern. Per Video sollten hervorragende Betriebe vorgestellt werden, Techniken erklärt oder Qualifikationen und Bildungsabschlüsse im Bereich der Energieeffizienz vorgestellt werden. Gleichzeitig könnte eine solche Plattform auch genutzt werden, um Veranstaltungen bei den beteiligten Akteuren zu bewerben.

In diesem Sinne sollten die Kommunen sogenannte Kompetenzatlanten aufbauen. Diese sollten entsprechend zu den Know-how-Trägern in der Kommune vernetzen.

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- Unterstützungsangebote von Seiten des Landes NRW erforderlich.
- Personelle und technische Voraussetzungen zur Herstellung von Videos dürften in kleineren Kommunen nicht vorhanden sein.
- Entsprechende Aktivitäten auf kommunaler Ebene sind durch das Land finanziell zu unterstützen.

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- M119 verheißt zu viel Bürokratie vor Ort.



## **KS-M120 Lebenszykluskosten-Prinzip und Beschaffung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen**

Energieeffizienz- und Klimaschutz-Maßnahmen führen nicht notwendigerweise zu höheren Kosten. Im Gegenteil zahlt sich Energieeffizienz über den Lebenszyklus eines Investitionsguts i.d.R. aus, die reine Betrachtung von Anschaffungskosten oder die Amortisationsrechnung greift dabei zu kurz. Recherchen haben ergeben, dass zirka 80 Prozent der Akteure zur Beurteilung lediglich den Anschaffungspreis oder die Amortisationszeit (Pay-Off), nicht aber ein Rentabilitätsmaß wie den Barwert einer Lebenszyklus-kosten-Betrachtung berücksichtigen. Grund dafür ist unter anderem die mangelnde Verfügbarkeit verlässlicher und herstellernerneutraler Tools zur Lebenszykluskosten-Betrachtung.

Die öffentliche Hand sollte ihre Vorbildfunktion stärker wahrnehmen und folgendermaßen unterstützend wirken (Auswahl):

- Lebenszykluskosten sollten ein zentrales und auf-tragsbezogenes Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden.
- Sinngemäße Anwendung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundes zur Beschaffung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen auch in Ländern und Kommunen (insbesondere Beachtung des „Lebenszykluskostenprinzips“ bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots)
- Verstärkte Integration der Themen „Beschaffung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen“ und „Lebenszykluskostenprinzip“ in Ausbildung und Schulung.

Ferner sollten die Lebenszykluskostenbetrachtungen (TCO bzw. TPO) und deren konsequente Umsetzung für Investitionen verbindlich gemacht werden. Dies erfordert eine Änderung der VgV (Vergabeverordnung) / VOL (Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen) und VOB (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen)

### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -

### **KS-M121 Kampagne zur Verbreitung des Nachhaltigen Bauens**

Die Verbesserung der Nachhaltigkeit im Bauwesen nimmt angesichts des Ressourcenverbrauchs und der sozialen und wirtschaftlichen Relevanz eine Schlüsselfunktion beim Weg in eine nachhaltige Gesellschaft ein. Ziel der Maßnahme ist die verbesserte Verbreitung des Nachhaltigen Bauens nach BNB und DGNB durch Aufbau unterstützender Wissens- und Organisationsstrukturen in NRW. Merkmale nachhaltigen Bauens sind beispielsweise die lebenszyklusbasierte Planung, so dass die Minimierung der investiven Kosten nicht die Bauentscheidungen bestimmt und die

Einbeziehung der Ressourceneffizienz (Stoffströme, Energieträger, Flächenverbrauch) in den Planungsprozess.

Angestrebt werden ein Wissensmanagement zur Bereitstellung allgemeiner Informationen, der Ausbau vorhandener Hilfsmittel und Planungswerkzeuge, die Standardisierung von Arbeitsroutinen und Projektabläufe sowie Weiterbildungsangebote für Planer und Ausführende. Weitere Vorschläge sind die

verstärkte thematische Integration in die universitäre Ausbildung sowie die Bildung von Expertengruppen zur Entwicklung und Harmonisierung von Produkten und Dienstleistungen.

#### **Empfehlungen der Bürgerinnen & Bürger aus Online-Beteiligung**

- Unbedingt zu erweitern um den Punkt des Niedrigenergiehauses 2020.

#### **Empfehlungen Kommunen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen der Unternehmen aus Online-Beteiligung**

- -

#### **Empfehlungen sonstiger Akteursgruppen aus Online-Beteiligung**

- -